

MATERIALIEN

„Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“

**Die Deportation der Juden aus Württemberg
und Hohenzollern 1941 bis 1945**

Historischer Kontext

Projekte

Medien



Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

„Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“

Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern
1941 bis 1945

Ein Lese - und Arbeitsheft

Einführung
Didaktische Impulse
Historischer Kontext, Projekte,
Medien
Texte und Materialien

INHALT

1. Historischer Kontext	3
1.1 Wandlungen der rechtlichen und bürgerlichen Stellung der Juden in Württemberg und Hohenzollern bis in die Weimarer Republik (Antje Rohloff)	3
1.2 „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“: Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern, 1941-1945 (Helmut Gabeli)	11
2. Mahnmal-Projekte	31
2.1 „Zeichen der Erinnerung“: Die Gedenkstätte am Stuttgarter Nordbahnhof (Alfred Hagemann)	31
2.2 Schülerprojekt „Denkmal erfahren“ (Fabian Brenker, Thomas Leitermann, Steffen Semmler)	36
2.3 Die <i>Stolperstein</i>-Initiativen (Alfred Hagemann)	39
3. Zeitgenössische Mahnmale aus künstlerischer Sicht (Matthias Lutzeyer)	41
4. Lernorte (Alfred Hagemann)	43
5. Anhang	49
5.1 Gedenkkarte und Gedenkinitiativen	49
5.2 Literatur (Auswahl)	50
5.3 Weitere Medien (Auswahl)	55
5.4 Verzeichnis der Materialien / Quellen- und Bildnachweis	58
5.5. Autoren	59

1. Historischer Kontext

1.1 Wandlungen der rechtlichen und bürgerlichen Stellung der Juden in Württemberg und Hohenzollern bis in die Weimarer Republik

(Antje Rohloff)

Die Beziehung der Juden und ihrer christlichen Umwelt zur Zeit der Weimarer Republik wird als positiv betrachtet. So äußert sich 1932 der 16 Jahre alte Hans im Buch „Der wiedergefundene Freund“ von F. Uhlmann folgendermaßen: „Dies war meine Welt, eine Welt, die ich für gänzlich sicher, für unendlich dauerhaft hielt. Gewiß, ich konnte mich nicht von Barbarossa herleiten - welcher Jude konnte das? (...) Damals wußte ich nur: Dies war *mein* Land, *meine* Heimat, seit je und für alle Zeiten, und Jude zu sein bedeutete im Grund nicht mehr, als mit schwarzen statt mit roten Haaren geboren zu sein. Zuerst waren wir Schwaben, dann Deutsche, dann Juden. Wie konnte ich anders empfinden?“¹

Gerne wird heute auf solche Aussagen zur Bestätigung eines beiderseitig völlig problemfreien Verhältnisses zurückgegriffen. Dieser Betrachtungsweise ist jedoch in Anbetracht der Shoah, vor allem im Hinblick auf die Haltung der nicht jüdischen Deutschen, kritisch zu begegnen.

Situation der Juden bis zum Jahre 1828

Im heutigen Württemberg gab es seit dem 11. Jahrhundert kleine Ansiedlungen von Juden insbesondere in Wirtschaftszentren wie Heilbronn und Ulm. Im Mittelalter spielten Juden eine wesentliche Rolle im Wirtschaftsleben und im Geldhandel. Aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts finden sich erste urkundliche Erwähnungen: Wertheim 1212, Esslingen, Schwäbisch Hall, Konstanz und Ulm 1241/42. Unter vorgeschobenen Beschuldigungen des Ritualmordes, der Hostien-schändung und der Brunnenvergiftung gab es in mehreren Gemeinden 1298, 1335/37, 1348/49 Juden-pogrome. Die Überlebenden flohen teilweise nach Polen und Russland. Andere ließen sich später wieder in den ursprünglichen Orten nieder. Ihre soziale Stellung hatte sich allerdings verschlechtert und sie wurden mehr und mehr in ihren Rechten beschränkt.

Aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts sind aus Stuttgart eine Judengasse und eine Judenschule bekannt. Bis zum Jahre 1360 waren alle Juden in der Grafschaft Wirtemberg „Kammerknechte des Kaisers“. Aufgrund der hohen Abgaben, die sie für das Wohnrecht zu leisten hatten, lebten sie in armen Verhältnissen. „Sie galten als Vermögensobjekte des Kaisers, der nicht selten das einträgliche Schutzrecht über sie verkaufte oder als Ausdruck seiner Gnade verschenkte.“²

Nachdem den Grafen Eberhard II. und Ulrich IV. im Jahre 1360 das Judenschutzrecht verliehen worden war, lebten die Juden unter relativ günstigen Bedingungen. Ihre Schutzaufnahme erfolgte als Bürger, der Schutz ihrer Rechte war ihnen zugesichert, sie konnten sich an beliebigen Orten niederlassen und Geld verleihen. Die Höhe der Schutzsteuer zwang die Juden jedoch, die Zinsgrenze zu überschreiten. Dies führte zu Beschwerden und die ihnen gewährten Rechte wurden wieder eingeschränkt.

Herzog Eberhard im Bart legte 1492 testamentarisch fest, dass kein Jude in der Herrschaft sesshaft werden und Gewerbe treiben dürfe. Die dadurch begründete Regimentsordnung vom 14. Juni 1498 zur Ausschließung der Juden bildete dann bis 1806 die Grundlage für die Rechtsverhältnisse der Juden.

Nach ihrer Ausweisung aus vielen Herrschaftsgebieten und den meisten Städten im 15. und bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts, so z.B. aus Heilbronn 1476 und 1490, ließen sich die Juden als so genannte „Schutzjuden“ gegen hohe Schutzgelder und sonstige Abgaben in kleineren Landherrschaften nieder. Dabei verblieb ihnen meist nur noch ein Existenzminimum. „Über mehrere Jahrhunderte hin wurden sie Objekte der Ausbeutung.“³ Bereits seit dem Mittelalter war es ihnen verboten, Boden zu erwerben, wodurch ihnen der Zugang zur Landwirtschaft verschlossen war. Die Ausübung handwerklicher Berufe war ihnen untersagt, da sie nicht in die Zünfte aufgenommen wurden. Diese ihnen auferlegten Einschränkungen führten dazu, dass sie ihren Unterhalt durch Schacherhandel (Hausieren), Viehhandel und Geldverleih verdienen mussten - ihre Haupterwerbsquellen bis ins 19. Jahrhundert hinein. In Anbetracht der den später als Händler erfolgreich gewordenen Juden entgegengebrachten Feindseligkeiten ist es wichtig, sich diese Tatsache bewusst vor Augen zu führen. Das von der christlichen Mehrheit formulierte Ärgernis war das Resultat einer von ihr selbst erzwungenen Einschränkung.

¹Uhlmann, Fred: *Der wiedergefundene Freund*. Zürich 1997, S. 58f.

²Tänzer, Aaron: *Die Geschichte der Juden in Württemberg*. Frankfurt am Main 1983, S. 2.

³Hahn, Joachim: *Erinnerungen und Zeugnisse jüdischer Geschichte in Baden-Württemberg*. Stuttgart 1988, S. 26.

Herzog Eberhard Ludwig (1693-1733), Herzog Carl Alexander (1733-1737) und Herzog Carl Eugen (1744-1793) beschäftigten so genannte „Hofjuden“ oder „Hoffaktoren“. Diese erhielten besondere Privilegien, wie z.B. die Erlaubnis, im Land freien Handel zu treiben. Einzelne gelangten an den Höfen zu Reichtum. Sie mussten jedoch zahlreiche Einschränkungen in religiöser Hinsicht auf sich nehmen und hatten ihren Schutz teuer zu bezahlen. Die sieben 1721 in Stuttgart beschäftigten „Hofjuden“ waren Anfeindungen Stuttgarter Bürger ausgesetzt, die in ihnen eine „existenzbedrohende Konkurrenz“⁴ sahen. Die bekanntesten „Hofjuden“ waren Joseph Süß Oppenheimer und die „Hoffaktorin“ Chaile Kaulla.

Immer wieder kam es zu Ausweisungen von Juden. Nach dem Tod des Herzogs Carl Alexander am 12. März 1737 forderten die Stände die Ausweisung aller Juden aus dem Land. Das war jedoch nicht zu verwirklichen, da das Gesetz von 1498 (s.o.) in der Praxis nicht aufrechterhalten werden konnte. Auf Verbesserungen der Bedingungen für die Juden reagierte die christliche Bevölkerung meist mit Widerstand.

König Friedrich verbesserte die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Situation. 1807 wurde der Gütererwerb gestattet, eine Verordnung, die 1811 wieder Einschränkungen erfuhr. 1808 wurde der Leibzoll aufgehoben. 1809 erhielten sie das Recht, bürgerliche Gewerbe zu betreiben und in die Zünfte einzutreten. 1812/1815 wurden die Bestimmungen über Schutzgeld und Aufnahmegebühr vereinheitlicht. Bis auf die oben genannten wurden alle Sonderabgaben aufgehoben.

Die bisherigen „Schutzjuden“ hatten nun die Möglichkeit, die vollen Untertanenrechte zu erwerben und ihren Wohnsitz mit königlicher Genehmigung zu wechseln. Sie konnten sich aber nur an Orten niederlassen, an denen bereits vorher Juden gewohnt hatten. Ab 1819 waren sie zum Universitätsstudium zugelassen. Immer mehr Juden zogen in die Städte. Die Konkurrenz der jüdischen Händler fürchtend, protestierten dort die christlichen Kaufleute.

Trotz dieser recht positiv anmutenden Entwicklung ist festzuhalten, dass am Ende des 18. Jahrhunderts „nicht aufklärerische Ideen, sondern Vorurteile aus dem dunkelsten Mittelalter die Einstellung zu den Juden“⁵ bestimmten. „Die Stellung der Gesellschaft zu den Juden war einheitlich: sie waren sozial Verachtete; aber innerhalb der Eigengruppe gab es große soziale Unterschiede. Da war zunächst eine kleine Schicht von Wohlhabenden und Privilegierten. Sie konnten es sich leisten, ihren Kindern eine bessere Schulbildung mitzu-

geben, sie hielten sich gelegentlich Dienstboten. Diese reichen Juden wurden als repräsentativ für die ganze Gruppe angesehen, wenn es galt, den jüdischen Einfluss zu geißeln.“⁶

Das „Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen“ vom 25. April 1828

„Die im Königreich einheimischen Israeliten genießen, so weit nicht das gegenwärtige Gesetz eine Ausnahme begründet, die Rechte der Württembergischen Unterthanen. Sie sind allen bürgerlichen Gesetzen unterworfen, und haben alle Pflichten und Leistungen der obrigen Unterthanen zu erfüllen.“⁷

Bereits die Diskussion um den Gesetzesentwurf führte zu Protesten der christlichen Bevölkerung. „Nützliche Staatsbürger“ aus den Juden zu machen, erschien der Mehrzahl der Abgeordneten unmöglich. Dies lehre schon die Vergangenheit der Juden, jene „schon vor der Zerstörung ihres Reiches verdorbene Nation“, und „durch den Druck, den sie in manchen Ländern erleiden mussten, durch den Fanatismus, mit dem sie hie und da verfolgt wurden, sind sie noch schlechter geworden“. Diese Erkenntnis weckte aber keinesfalls ein Gefühl der Mitschuld: „Durch diese in Jahrhunderten erworbene Schlechtigkeit sind die Juden gar nicht fähig, die Gleichstellung mit den Christen zum Guten zu wenden.“⁸

Das Gesetz brachte einschneidende Veränderungen mit sich. Doch nur wenige waren mit Vorteilen verbunden. Juden durften Fabriken und Manufakturen gründen. Das Schutzverhältnis wurde aufgehoben, die Ausübung wissenschaftlicher Berufe und der Grunderwerb zur eigenen Bewirtschaftung erlaubt. Daneben fand sich jedoch eine Vielzahl neuer Einschränkungen: Wirtschaften und Apotheken durften nur in Orten von Juden betrieben werden, in denen zuvor schon Juden ansässig waren. „Schacherjuden“ (Hausierer) wurden vielfältige Beschränkungen auferlegt. Sie durften u.a. erst mit 35

⁴Sauer, Paul: *Die Jüdische Gemeinde Stuttgart von ihrer Gründung im Jahr 1832 bis zu ihrer Vernichtung durch das NS-Regime*, in: Sauer, Paul und Hosseinzadeh, Sonja: *Jüdisches Leben im Wandel der Zeit. 170 Jahre Israelitische Religionsgemeinschaft. 50 Jahre neue Synagoge in Stuttgart*. Gerlingen 2002, S. 25.

⁵Jeggle, U.: *Judendörfer in Württemberg*. 1999, S. 28.

⁶Ebenda, S. 44.

⁷Mayer, F.F.: *Sammlung der württembergischen Gesetze in Betreff der Israeliten*. Tübingen 1847, S. 31.

⁸Zelzer, Maria: *Weg und Schicksal der Stuttgart Juden*. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1965, S. 25f.

Jahren heiraten. Bei Rückkehr zum Schacherhandel wurden den betreffenden Juden die Bürgerrechte wieder entzogen.

Außerdem gab es zusätzliche einschränkende Regelungen, die für Christen nicht galten. Jüdische Bäcker oder Schneider wurden nur zugelassen, wenn diese Berufe im betreffenden Ort noch nicht zu stark vertreten waren. War ein Beruf in einem Ort überbesetzt, so konnten die Juden zwar den Ort wechseln, aber das Mitspracherecht der Gemeinden konnte dabei ein Hindernis darstellen. Im Ort zu bleiben, aber die Kunden außerhalb des Ortes zu suchen, wurde durch die Regelungen bezüglich des Schacherhandels eingeschränkt. Für viele Juden ergab sich somit eine ausweglose Situation.

Nach 1870 begannen immer mehr jüdische Agronomen und Handwerker zu handeln. Auch äußere Bedingungen erschwerten es den Juden, ein Handwerk zu erlernen. Allein die 5-Tage-Woche und die Ernährung konnten ohne die Bereitschaft von christlicher Seite, den Juden die Einhaltung der rituellen Vorschriften zu ermöglichen, unüberbrückbare Hindernisse darstellen. Zudem stand die Armut der meisten Juden dem Boden-erwerb im Weg.

Artikel 3 des Gesetzes verpflichtete die Juden, Familiennamen anzunehmen. Es gab eine Debatte darüber, ob es ratsam sei, die Auswahl der zu Verfügung stehenden Namen einzugrenzen, da es christlichen Bürgern möglicherweise unangenehm sein könnte, den gleichen Namen wie ein Jude zu tragen. Dabei hatten die Juden bereits vor der Mitte des 19. Jahrhunderts meist nicht „unjüdische“ Familiennamen angenommen. Dasselbe gilt für die Vornamen. Erst die Generation nach 1828 wählte Namen germanischen Ursprungs, um „das Stigma des Juden zu verlieren“⁹. „Das ging fast soweit, dass die Namen Siegfried und Sigmund fast ausschließlich jüdische Namen wurden.“¹⁰

Sowohl das „Kirchenwesen“ als auch das Schulwesen wurde reformiert. Innerhalb kurzer Zeit verminderte sich das Bildungsgefälle zur christlichen Bevölkerung. Das Staatskirchentum schloss die israelitische Religionsgemeinschaft mit ein. Der Begriff „Kirche“ wurde unbedacht auf die jüdische Glaubensgemeinschaft übertragen, was insbesondere von den gesetzestreuen Juden als Grenzüberschreitung empfunden wurde. „Schon diese Vokabel, die der jüdischen Religion völlig fremd ist, kennzeichnet das Muster, nach dem die Verhältnisse geordnet wurden: die Staatskirche protestantischer Prägung.“¹¹ Das „Staatskirchentum“ führte andererseits die Vereinigung der jüdischen Gemeinden in Württemberg herbei.

Nachdem 1861/1864 die rechtliche Gleichberechtigung der Juden beschlossen worden war, setzten diese sich zunehmend für die Befreiung vom „Staatskirchentum“ ein. Mit der Kirchenverfassung vom 16. September 1912 wurde die Israelitische Religionsgemeinschaft eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im Jahre 1924 erhielten die Juden die volle religiöse Autonomie. Im März 1938 wurden die Israelitischen Religionsgemeinschaften per Gesetz in eingetragene Vereine umgewandelt.

Das Gesetz von 1828 wurde bereits zu damaliger Zeit widersprüchlich bewertet: Trotz fehlender Gleichstellung mit den christlichen Bürgern stellte es einen bedeutenden Einschnitt und in gewisser Hinsicht einen großen Fortschritt dar. Von der Mehrheit der am Gesetzesentscheid Beteiligten wurden die Juden jedoch weiterhin als „erziehungsbedürftig“ betrachtet. Durch das durch diesen Blickwinkel entstehende Wertgefälle konnte keine tatsächliche Gleichberechtigung herbeigeführt werden. „Die Juden fügten sich wenigstens äußerlich dem auferlegten Zwang. 1845 konnte der Beobachter mit einiger Ironie über die Wirkung jenes Gesetzes schreiben: ‘Es stellte sich wie ein Engel mit einer Haselnussgerte vor den Eingang des Paradieses der bürgerlichen Ordnung. Wohlan, die Israeliten, seit Jahrhunderten gedemütigt wie sie waren, nahmen mit Stolz diese neue Demüthigung hin, denn sie trug doch wenigstens das Hauskleid der Humanität, liefen gelehrt in die Schule des Gesetzes und schon im Jahre 1837, also kaum acht Jahre nachdem jenes Gesetz in Kraft getreten, war stark die Hälfte von der Gesamtzahl der Israeliten über 14 Jahre bereits dem Willen des Gesetzgebers unbedingt nachgekommen, heute nahezu $\frac{3}{4}$.’ (Der Beobachter, 5. Juni 1845). (...) Um im Bilde zu bleiben: die Gesetzes-Schneider schnitten nicht den Stoff zu, sondern veränderten den Kunden, bis ihm der fertige Anzug passte. Man zwängte die jüdische Nation in das Gewand protestantisch-aufklärerischer Ethik, die nicht erst im Jenseits, sondern auch schon im Diesseits allein seligmachend war.“¹²

Revolution 1848/49 und das Gesetz von 1864

Der Großteil der Juden in den Landgemeinden war zu Beginn der 1830er-Jahre sehr arm. Dies bot Anlass zur Gründung sozialer Vereine. Immer mehr Vereinsgrün-

⁹Jeggle, U., 1999, S. 111.

¹⁰Uhlman, Fred: *Erinnerungen eines Stuttgarter Juden*. Stuttgart 1992, S. 184.

¹¹Jeggle, U., 1999, S. 120.

¹²Jeggle, U., 1999, S. 106.

dungen sozialer, politischer, religiöser und unterhalten- der Ausrichtung kamen hinzu. Im Jahre 1933 existier- ten ca. 35 jüdische Vereine.

Insgesamt hatte sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts, insbesondere seit 1828, die soziale Lage der Juden in Württemberg jedoch positiv verändert. Durch Handel waren sie zum Teil wohlhabend geworden. „Der Wohlstand der Israeliten hat sich seit 20 bis 25 Jahren ungleich mehr als derjenige der christlichen Staatsange- hörigen gehoben (...).“ (StAL E 146/1195 (Bericht OA Mergentheim 1860))¹³ In der Mitte des 19. Jahrhun- derts äußerte sich in Württemberg die Judenfeindschaft nur verhalten. Dennoch kam es während der Revolu- tion von 1848 zu Übergriffen auf die jüdische Bevölke- rung. Diese können in Zusammenhang mit dem wach- senden Wohlstand der Juden gesehen werden. Man fürchtete eine „allgemeine Abhängigkeit von den Juden, die Umkehrung der bisherigen Dichotomie: Wer einst Knecht, wird jetzt ein Herr.“¹⁴

Im Zuge der Revolution 1848/49 wurden den Juden in Württemberg die wichtigsten bürgerlichen, insbeson- dere staatsbürgerlichen Rechte zugestanden. „Schacher- juden“ wurden nicht mehr benachteiligt. Juden konn- ten ihren Wohnsitz frei bestimmen und die Umsiedlung in eine andere Gemeinde war an keine Bedingungen mehr geknüpft, woraufhin Juden ab 1849 vermehrt in die Städte zogen, die ihnen bessere Möglichkeiten des wirtschaftlichen Fortkommens und der Bildung boten. 1832 lebten in Württemberg 93% der 10 000 jüdischen Einwohner auf dem Land. 1932 waren es nur noch 21,5%.¹⁵ Die Revolution änderte die Situation der Juden jedoch nicht schlagartig. „So weigerte sich der Heilbronner Bürgerausschuss bis 1854, Juden aufzu- nehmen, zumeist mit der Begründung, das jeweilige Gewerbe sei überbesetzt.“¹⁶

1862 wird in einem Ministerialbericht die Gleichstel- lung der Juden mit den christlichen Bürgern als positiv bewertet. Diese läge im volkswirtschaftlichen Interesse. Die Förderung des Handels, insbesondere des Produkt- und Viehhandels, wirke sich vorteilhaft auf die Land- wirtschaft aus. Auch die Geschäftstüchtigkeit der Juden im industriellen Sektor sei für die Wirtschaft des Landes förderlich.¹⁷

In Württemberg wurde die rechtliche Gleichstellung mit den christlichen Bürgern im August 1864 herbei- geführt. Artikel 1 besagt: „Die im Königreich einhei- mischen Juden sind in allen bürgerlichen Verhältnissen den gleichen Gesetzen unterworfen, welche für die übrigen Staatsangehörigen maßgebend sind; sie ge-

nießen die gleichen Rechte und haben die gleichen Pflichten und Leistungen zu erfüllen.“¹⁸ Der im Gesetz von 1828 enthaltene Zusatz „so weit nicht das gegen- wärtige Gesetz eine Ausnahme begründet“ wurde gestrichen. Die Bestimmungen über die „kirchlichen“ Verhältnisse des Gesetzes von 1828 blieben jedoch weiterhin in Kraft.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts leisteten jüdische Unternehmer bedeutende Beiträge zur Industriali- sierung Württembergs. Eine relativ große Zahl arbeitete als Rechtsanwälte und Ärzte. Juden waren als Schrift- steller, Künstler, Bildhauer, Architekten, Richter, Staatsanwälte und als Professoren an Universitäten tätig. Der Prozentsatz der Akademiker unter ihnen war höher als bei den Nicht-Juden. Die Juden Stuttgarts waren in bürgerlichen Gewerben, im Großhandel und im Bankwesen tätig. Einige der bekanntesten Privat- banken waren von Juden gegründet worden „und es ist wohl nicht übertrieben, wenn behauptet wird, dass die Juden in Stuttgart einen Schritt voraus in das Neuland wagten. Die neue Individual- und Kapitalwirtschaft bedeutete für sie keine Schwierigkeit. Sie hatten nie den Schutz der Zünfte genossen, sie waren frei von Hem- mungen, die die Tradition auferlegt. Den Weg in das alte Handwerk hatten sie trotz der eingeräumten Mög- lichkeit seit 1809 wenig gesucht. Der jahrhundertelang geübte Geldhandel hatte sie einen anderen Weg ge- wiesen, der zu Bankgründungen führte. Die Vorarbeit der Bankiers war getan, ihre Mitarbeit gesichert; die Verbindung von Bank und Industrie beginnt.“¹⁹ Jüdische Unternehmer waren auf allen Gebieten der Industrie tätig, führten manche Industriezweige neu im Lande ein und gründeten Firmen. Sie trugen dadurch auch zum Aufschwung der württembergischen Textil- industrie bei. Erwähnenswert in diesem Zusammen- hang sind die 1891 durch Max Levi und Jacob Sigle gegründeten Salamanderwerke/Salamander AG in Kornwestheim.

Die rechtliche Gleichstellung bedeutete jedoch nicht, dass die jüdischen Bürger ihre Fähigkeiten entspre- chend ihrer christlichen Mitbürger entfalten konnten. „Da gibt es die Geschichte von Robert Hirsch (1857- 1939), der an der Universität Tübingen Rechtswissen-

¹³Ebenda, S. 170.

¹⁴Ebenda, S. 171.

¹⁵Jeggli, U., 1999, S. 17f

¹⁶Sauer, Paul: *Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern. Denkmale, Geschichte, Schicksale.* Stuttgart 1966, S. 98.

¹⁷vgl. Zelzer, M., 1965, S. 48

¹⁸Tänzer, A., 1983, S. 96.

¹⁹Zelzer, M., 1965, S. 32f.

schaft studierte und sich um eine Stelle als Richter bewarb (Jüdisches Leben in Deutschland im Kaiserreich, op. cit., S. 283f). Trotz ausgezeichneter Empfehlungen war er mehrmals abgelehnt worden; schließlich wandte er sich an den württembergischen Justizminister Dr. von Faber persönlich. Der Minister drängte den jungen Mann, lieber Rechtsanwalt zu werden; als Richter hätte er zu viele Vorurteile zu gewärtigen. Ein Rechtsanwalt, sagte der Minister, werde nicht nach seiner Religion bewertet, sondern nur nach seinen Fähigkeiten, während ein Richter Eide abnehmen müsse, in denen der Name Gottes angerufen und die religiösen Empfindungen der Öffentlichkeit betroffen werden. Was der Minister zwischen den Zeilen sagte, war, dass allgemeine Vorurteile einem Juden im Richteramt schaden würden. So gab es denn auch bis 1918 nur drei jüdische Richter auf kleinen Posten.²⁰ Auch zu höheren Beamten- oder Offizierskarrieren hatten Juden kaum Zugang.

Sowohl der von 1864 bis 1891 regierende König Karl als auch der von 1891 bis 1918 regierende König Wilhelm II. standen den Juden wohlwollend gegenüber und unterstützten sie in ihren sozialen, kulturellen und religiösen Aktivitäten. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es aber auch in Württemberg jüdenfeindliche Gruppierungen. Die Stärke der antisemitischen Agitation war dort jedoch sehr begrenzt.

Erster Weltkrieg (1914-1918)

Die nationale Begeisterung führte zu vielen Kriegsfreiwilligen auf christlicher und jüdischer Seite. Es wurden besondere Gottesdienste für die Soldaten abgehalten, in den Synagogen Spenden gesammelt, jüdische Seelsorger und Ärzte leisteten Beistand, jüdische Unternehmer leisteten Beiträge zu Hilfsaktionen.

Ein weiterer Fortschritt war die auf Drängen des Oberkirchenrates gleichartige Vorgehensweise bei der Verteidigung von Soldaten jüdischen und christlichen Glaubens.

Die Teilnahme jüdischer Soldaten am Ersten Weltkrieg konnte nicht verhindern, dass den Juden später von den Nationalsozialisten die Schuld an der Niederlage angelastet wurde, da diese ihrer Pflicht nicht nachgekommen seien. „Die Begeisterung täuschte Einheit vor, der Drill und das Feldgrau verwischten Unterschiede, das Gedonner der Geschütze übertönte die Antisemiten. Als es leiser wurde, hörte man, dass es doch Parteien gab, sah man, dass man sich in einem Rausch wähnte: das Vaterland erwies sich als Fiktion. (...) Gerade als sich die Juden der Erfüllung nahe wähnten,

verwandelte sich die greifbare Eintracht in handgreifliche Zwietracht. Die Zuchtrute der Aufklärer hatte den falschen gezüchtigt. Wer am Ende des Ersten Weltkriegs auf das Jahrhundert der Emanzipation zurückschaut, der muss Herzl letztlich Recht geben, dass man die Juden aus Prinzipienreiterei emanzipiert hatte.“²¹

Bei der ersten Zionistenversammlung in Stuttgart im Dezember 1918 zeigte sich, dass der Zionismus und das zionistische Gedankengut den meisten in Württemberg lebenden Juden fremd waren. Die Mehrheit der Juden empfand sich als eingebettet in das Zusammenleben mit den deutschen Staatsbürgern christlichen Glaubens und in den deutschen Staat. „Als Martin Buber im Jahre 1928 über das Thema ‘Was geht uns Palästina an?’ sprach, war die Zeit für derartige Gedanken noch immer nicht reif, und der Fabrikant Adolf Wolf fand Bubers Ausführungen zwar recht schön und gut, stellte aber anschließend fest: ‘Für uns württembergische Juden kommt das doch gar nicht in Betracht.’ Palästina war interessant, mehr nicht, aber Württemberg, Stuttgart, war das Zuhause, in das man dank der Leistung dreier Generationen harmonisch hineingewachsen war.“²²

Weimarer Republik (1919-1933)

Die Inflation 1919-1923 betraf auch den Wohlstand der jüdischen Bürger, ihre Institutionen und Vereine.

Die Verfassung der Weimarer Republik von 1919 kannte nur noch gleiche Bürgerrechte. Dennoch wurden antisemitische Stimmen laut.

Die Judenfeindlichkeit war nun nicht mehr religiös, sondern rassistisch begründet und stützte sich auf die Rassenlehren von J. A. Gobineau und Eugen Dühring. Verschiedene Institutionen und Vereine setzten sich durch die Veröffentlichung von Artikeln und durch Vortragsreihen gegen Antisemitismus und „Rassentheorie“ ein. So der 1890/1891 in Berlin gegründete „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ oder auch der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Auch in der seit 1924 erscheinenden „Gemeindezeitung für die israelitischen Gemeinden Württemberg“ nah-

²⁰ Dicker, Herman: *Aus Württembergs jüdischer Vergangenheit und Gegenwart*. Gerlingen 1984, S. 80f.

²¹ Jeggel, U., 1999, S. 194.

²² Zelzer, M., 1965, S. 87f.

men die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und dessen Abwehr einen wichtigen Platz ein.

Die in der Stadt lebenden Juden standen dem aggressiven Antisemitismus relativ schutzlos gegenüber. Die Bindung an die jüdische Religion und Kultur war nur noch schwach. Um den antisemitisch gesinnten Kräften gegenüberzutreten zu können, wurde eine Rückbesinnung notwendig. Das neu gebildete „Jüdische Lehrhaus“ setzte sich zum Ziel, der in der fortschreitenden Assimilation und Loslösung von den geistigen und religiösen Bindungen an das Judentum ausgehenden Gefahr des Verlustes von Selbstbewusstsein und Identität entgegenzuwirken. „Es war das erste Mal - zumindest in Württemberg - dass sich das Judentum als eine geistige Macht vor der Öffentlichkeit bekundete.“²³

Die 1931 stattgefundene Feier zum Gründungsjubiläum 100 Jahre Israelitische Gemeinde Stuttgart gibt einen Einblick in das - förmlich gesehen - harmonische Zusammenleben der jüdischen und christlichen Bürger. Anwesend waren der Staatspräsident, der Kultusminister sowie hohe Vertreter der Reichs- und Landesbehörden und der christlichen Kirchen.

Literatur

Dicker, Hermann: Aus Württembergs jüdischer Vergangenheit und Gegenwart. Gerlingen 1984.

Hahn, Joachim: Erinnerungen und Zeugnisse jüdischer Geschichte in Baden-Württemberg. Stuttgart 1988.

Hahn, Joachim: Jüdisches Leben in Ludwigsburg - Geschichte, Quellen, Dokumentation. Karlsruhe 1998.

Israelitisches Kirchengemeinderat Stuttgart (Hg.): Festsschrift zum 50-jährigen Jubiläum der Synagoge zu Stuttgart.

Jeggle, Utz: Judendörfer in Württemberg. Tübingen, 2. erweiterter Neuauflage, 1999.

Mayer, F. F.: Sammlung der württembergischen Gesetze in Betreff der Israeliten. Tübingen 1847.

Sauer, Paul und Hosseinzadeh, Sonja: Jüdisches Leben im Wandel der Zeit. 170 Jahre Israelitische Religionsgemeinschaft. 50 Jahre neue Synagoge in Stuttgart. Gerlingen 2002.

Sauer, Paul: Das Werden einer Großstadt. Stuttgart zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg 1871 bis 1914. Stuttgart 1988.

Sauer, Paul: Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern. Denkmale, Geschichte, Schicksale. Stuttgart 1966.

Tänzer, Aaron: Die Geschichte der Juden in Württemberg. Frankfurt am Main 1983 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1937).

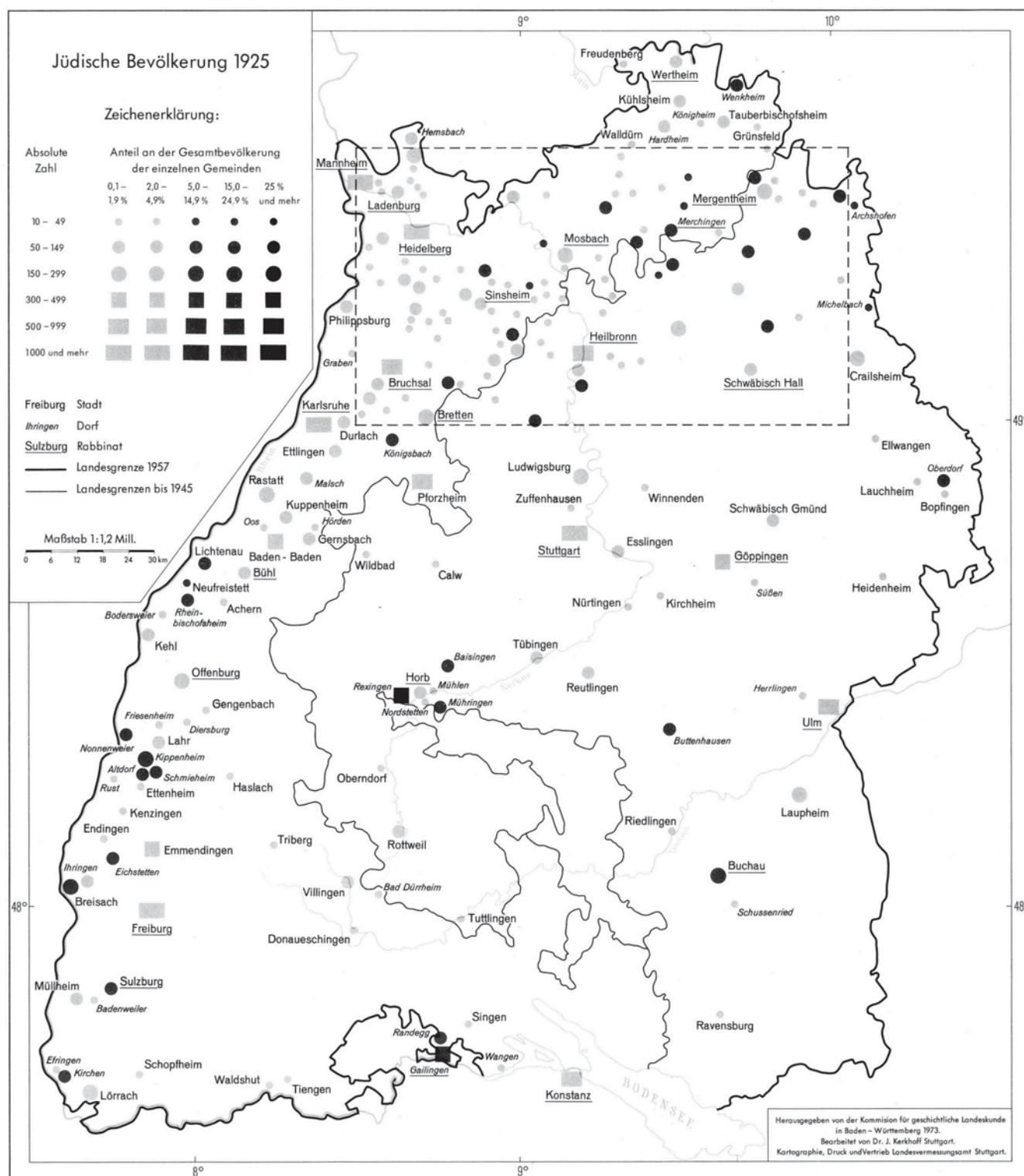
Tänzer, P.: Rechtsgeschichte der Juden in Württemberg. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1922.

Uhlman, Fred: Der wiedergefundene Freund. Zürich 1997.

Uhlman, Fred: Erinnerungen eines Stuttgarter Juden. Stuttgart 1992.

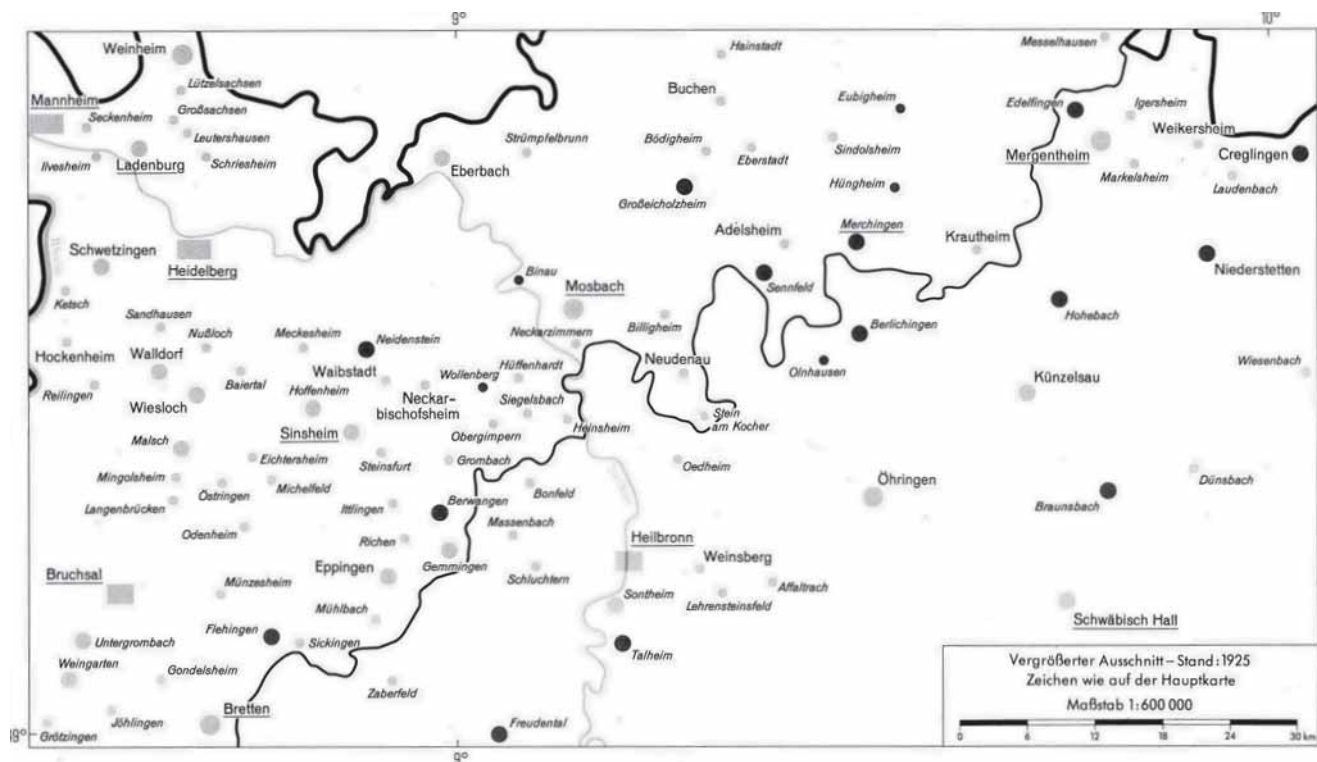
Zelzer, Maria: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1965.

²³Ebenda, S. 117.



M 1 Jüdische Einwohner in Baden-Württemberg (1925, Teil 1 [ohne Hohenzollern])¹

¹ Detaillierte Zahlen zur Entwicklung der jüdischen Bevölkerung finden sich im Beiwort des Historischen Atlases für Baden-Württemberg zu den Karten VIII, 13 (s. Anhang) bzw. bei Sauer, P.: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 20), 1969, S. 19f., 24f. und 27.



M 2 Jüdische Einwohner in Baden-Württemberg (1925, Teil 2, vergrößerter Ausschnitt [ohne Hohenzollern])



M 3 Jüdische Einwohner in Hohenzollern: 1933 gab es jüdische Gemeinden in Haigerloch und Hechingen. Dettensee (in der Nähe von Horb) war zu dieser Zeit nicht mehr eigenständig (1933: 2 jüdische Einwohner).

1.2 „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“: Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945

(Helmut Gabeli)

Die Formulierungen „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“ umschreiben in der NS-Verwaltungssprache ver harmlosend den Beginn der „Endlösung der Judenfrage“, an deren Ende der industrialisierte Massenmord an Tausenden jüdischer Männer, Frauen und Kinder stehen wird. Für viele Juden Deutschlands beginnt der Weg in die Vernichtung in den Gemeinden ihrer württembergischen und hohenzollerischen Heimat.

Die Ausgrenzung und Entrechtung der Juden

In Württemberg und Hohenzollern leben zu Anfang des 20. Jahrhunderts seit Jahrhunderten Christen und Juden ganz überwiegend ohne größere Reibungen neben- und miteinander.¹ Das ändert sich von Grund auf, als am 30. Januar 1933 die Nationalsozialisten an die Macht gelangen. Sie beginnen unverzüglich, ihre judenfeindlichen Absichten zu verwirklichen. Die Machtübernahme und die darauf folgenden Aktionen sind besonders für die nationaldeutsch gesinnten Juden ein schwerer Schock. Der wachsende Antisemitismus der Weimarer Republik war zwar beunruhigend, doch die Mehrheit der Juden glaubt, mit Appellen an Menschlichkeit, Vernunft und Gerechtigkeitssinn der Mitmenschen der Verleumdungs- und Hasskampagne entgegenwirken zu können. Die Nazis setzen jedoch ihren Kampf gegen die angeblich rassenfremde jüdische Bevölkerung fort. Die gleichgeschalteten Massenmedien Presse und Rundfunk werden zu hoch wirksamen Werkzeugen der *Hetzpropaganda*.² „Die Juden sind unser Unglück“, „Sie haben aus Deutschland zu verschwinden“ ist tagtäglich zu lesen und zu hören.

Die antijüdischen Aktionen beginnen mit dem Aufruf zum *Boykott* der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933. Das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933³ entfernt die „nichtarischen“ Beamten aus dem Staatsdienst, sofern sie nicht „Frontkämpfer“ im Ersten Weltkrieg waren. Willkürliche Verhaftungen und Misshandlungen sind an der Tagesordnung. Systematisch werden die Juden aus dem öffentlichen Leben und aus der Wirtschaft verdrängt.

Am 15. September 1935 werden auf dem Reichsparteitag die „*Nürnberger Gesetze*“⁴ verkündet, mit denen die Juden endgültig aus der Lebensgemeinschaft des deutschen Volkes ausgestoßen werden: Das „Blutschutzgesetz“ verbietet die Eheschließung sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen „Deutschblütigen“ und Juden. Das „Reichsbürgergesetz“ verleiht lediglich den „Ariern“ den Rechtsstatus eines Reichsbürgers, die

Juden behalten nur die Staatsangehörigkeit. Sie verlieren alle bürgerlichen Ehrenrechte und unterliegen damit einer Art Fremdenrecht. Das Gesetz enthält genaue Begriffsdefinitionen: *Jude ist*, wer von drei jüdischen Großelternanteilen abstammt, als *Mischlinge I. Grades* gelten alle Personen, die zwei jüdische Großelternanteile haben, *Mischlinge II. Grades* sind Personen mit einem jüdischen Großelternanteil. Das „Reichsbürgergesetz“ und vor allem die hierzu ergangenen Verordnungen werden zum Instrumentarium der völligen Ausschaltung der Juden aus dem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und rechtlichen Leben. Sie werden isoliert und zu Menschen zweiter Klasse gestempelt.

Besonders die jüdischen Kinder, die *nichtjüdische Schulen* besuchen, werden seit 1933 diskriminiert und diffamiert, von Lehrern und Mitschülern gequält, schikaniert und benachteiligt. Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland und später deren Rechtsnachfolgerin, die Reichsvereinigung, baut daher ein möglichst dichtes Netz jüdischer Schulen auf. In Württemberg bestehen 1933 noch in Buttenhausen und Rexingen öffentliche israelitische Volksschulen. Sie werden in Privatschulen umgewandelt. 1937 gibt es in Württemberg in 15 Orten private jüdische Schulen: Bad Buchau, Bad Mergentheim, Baisingen, Braunsbach, Buttenhausen, Creglingen, Freudental, Göppingen, Heilbronn, Laupheim, Niederstetten, Öhringen, Rexingen, Stuttgart und Ulm. Hinzu kommen das israelische Waisenhaus Esslingen und als höhere Schule das Landschulheim mit Internat Herrlingen. Insgesamt besuchen 587 Schüler, nahezu 90 % der jüdischen Schulpflichtigen, diese Einrichtungen, wobei die Schülerzahl zwischen 3 und 223 Schülern schwankt. Bis 1939 sind die meisten dieser Schulen aufgelöst. In Hohenzollern wird die Israelitische Volksschule Haigerloch, die bis zuletzt als öffentliche Schule besteht, mit Wirkung vom 1. Oktober 1939 aufgehoben.⁵

Die *Reichspogromnacht* („Reichskristallnacht“) vom 9. auf 10. November 1938, ist ein Terrorakt bisher unbekannten Ausmaßes. In Württemberg werden 16 Synagogen niedergebrannt und 12 demoliert.⁶

¹ Weitere Hinweise finden sich in Kapitel 1.1

² Sauer, *Schicksale der jüdischen Bürger*, S. 59-60.

³ Reichsgesetzblatt (1933) I, S. 175.

⁴ Reichsgesetzblatt (1935) I, S. 1146.

⁵ Schreiben des Landrats von Hechingen vom 29.7.1939 (Stadtarchiv Haigerloch Akte Nr. 542a)

⁶ Über das Mahnmalprojekt für die Stuttgart-Bad Cannstatter Synagoge berichtet Kapitel 2.2.

In den beiden jüdischen Gemeinden Hohenzollerns, in Haigerloch und Hechingen, werden die Synagogen verwüstet. Zahlreiche jüdische Geschäfte und Privatwohnungen werden zerstört oder beschädigt, viele Juden verhaftet und zum Teil schwer misshandelt. Hunderte werden wochenlang in den Konzentrationslagern Dachau und Welzheim festgesetzt. Mindestens 13 sterben in den Lagern.

Von „spontanem Volkszorn“ kann nirgendwo gesprochen werden. Die Ausschreitungen sind von der NSDAP organisiert und werden von ihr, der SA und der SS durchgeführt. Die örtlichen SA- und SS-Führer haben in der Regel telefonisch den Befehl erhalten, mit ihren rasch zusammengerufenen Mannschaften die Aktionen durchzuführen, in der Regel nicht am eigenen, sondern an einem Nachbarort. ⁷ (M 7)

Anlass für die Zerstörungssorgie ist vorgeblich das Attentat des jungen polnischen Juden Herschel Grynszpan auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath in Paris am 7. November 1938. Sogar die NS-Führung sieht ein, dass die Ausschreitungen zu weit gegangen sind. Noch am 10. November muss Goebbels das Ende der Aktionen befehlen.⁸ Es bleibt die Frage offen, wie man das Ende eines angeblich „spontanen Volkszorns“ befehlen kann.

Als man in der NS-Führung erkennt, dass für die entstandenen Verwüstungen die deutsche Versicherungs- und damit die Volkswirtschaft aufzukommen habe, handelt sie rasch:⁹ Am 12. November 1938 wird die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes“¹⁰ erlassen: Die jüdischen Kultusgemeinden müssen auf eigene Kosten die Trümmer ihrer Synagogen beseitigen lassen. Die Inhaber von demolierten Geschäften müssen diese selbst wieder instandsetzen.¹¹ Die Versicherungsansprüche werden zugunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmt.¹² Darüber hinaus müssen die Juden in Deutschland entsprechend der „Verordnung über eine Sühneleistung“ vom 12. November 1938 eine Summe von einer Milliarde Reichsmark aufbringen.¹³

Erstmals erlebt das NS-Regime aber auch, dass es mit der Gewaltmaßnahme beim überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung auf betretenes Schweigen und offene Ablehnung stößt. Die meisten Deutschen missbilligen die Zerstörung der Synagogen und die Verwüstung jüdischer Geschäfte und Privatwohnungen.

Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938¹⁴ kommt deren wirtschaftliche Betätigung restlos

zum Erliegen: Einzelhandelsgeschäfte und Versandhäuser, der selbständige Betrieb eines Handwerks, der Besuch von Messen und Märkten ist den Juden jetzt verboten. Die Zahl der jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte geht seit 1933 drastisch zurück. Die Berufsbezeichnungen „Arzt“ und „Rechtsanwalt“ werden den Juden aberkannt. Als so genannte „Krankenbehandler“ und „Rechtskonsulenten“ dürfen sie ausschließlich noch für die jüdische Bevölkerung tätig werden. Ende 1938 gibt es in Württemberg und Hohenzollern noch sieben jüdische Krankenbehandler und sieben Rechtskonsulenten.

Die weitere Entrechtung dokumentiert eine unglaubliche Fülle von Verordnungen und Erlassen, die das Leben der Juden einschränken: Der Besuch von Theatern, Kinos, Museen und Konzerten ist verboten. In zahlreichen Gemeinden wird über bestimmte Plätze und öffentliche Einrichtungen der „Judenbann“ verhängt, d.h. Juden ist der Zutritt untersagt. Im Dezember 1938 werden die Führerscheine und Zulassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge der Juden für ungültig erklärt.¹⁵ Papiere und Fahrzeuge sind abzuliefern. Mit Wirkung vom 1. Januar 1939 sind die Juden verpflichtet, die Zusatznamen „Israel“ und „Sara“ anzunehmen.¹⁶ Die Pässe werden mit einem >J< gekennzeichnet.

Mit *Kriegsbeginn* am 1. September 1939 verschärft sich die Lage für die Juden noch mehr. Ausgangsbeschränkungen hindern sie in manchen Gemeinden tage- oder wochenlang am Verlassen der Häuser. Um jeden Kontakt mit der nichtjüdischen Bevölkerung zu unterbinden, dürfen sie ihre Einkäufe nur in bestimmten Geschäften zu festgelegten Zeiten tätigen. Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist nur noch mit besonderem Erlaubnisschein möglich. Die Juden müssen ihre Radiogeräte, Woll- und Pelzsachen, Schreibmaschinen, elektrische Geräte, Fotoapparate, Ferngläser, Fahrräder und alle entbehrlichen Kleidungsstücke abgeben. Das Halten von Haustieren ist ihnen untersagt. Sie verlieren ihre Telefonanschlüsse und dürfen auch öffentliche Fernsprechkzellen nicht mehr

⁷Sauer, *Jahrestag*, S. 37.

⁸Sauer, *Jahrestag*, S. 41.

⁹Goebbels-Tagebücher, Bd. 3 : 1935-1939, Eintrag zum 10. November 1938, Anm. des Hrsg. S. 1282, Anm. 131.

¹⁰Reichsgesetzblatt I, S. 1581.

¹¹Sauer, *Jahrestag*, S. 42.

¹²§ 2 Abs. 2 der zitierten Verordnung Reichsgesetzblatt (1938), I S. 1581.

¹³Reichsgesetzblatt (1938) I, S. 1579.

¹⁴Reichsgesetzblatt (1938) I, S. 1580.

¹⁵Walk III Rdn. 47.

¹⁶Sauer, *Jahrestag*, S. 44.

benützen. Seit September 1941 müssen sie den gelben „Judenstern“ auf der Kleidung tragen. Ab März 1942 sind auch jüdische Wohnungen durch einen „Judenstern“ neben dem Namensschild zu kennzeichnen. Im Sommer 1942 werden den Juden die Raucherkarte und die Eierkarte entzogen. Seit Oktober 1942 sind sie vom Bezug von Fleisch, Fleischwaren, Weizenerzeugnissen und vieler weiterer Lebensmittel ausgeschlossen. Die jüdischen Zeitungen müssen ihr Erscheinen einstellen. Die Benutzung öffentlicher Leihbibliotheken ist den Juden untersagt. Mit wenigen Ausnahmen dürfen sie ab Februar 1942 auch keine Zeitungen, Zeitschriften, Gesetz- und Verordnungsblätter mehr beziehen. Der Kauf von Büchern ist nur noch über die Reichsvereinigung, nicht mehr in Buchhandlungen möglich.

Seit 1933 verfolgt das NS-Regime mit dem Druck auf die Juden auch das Ziel, auf die jüdischen Vermögenswerte zugreifen zu können. Dies wird offensichtlich durch die sogenannte „Arisierung“: Die Juden werden gezwungen, ihre Geschäfte und Häuser meist weit unter Wert an „Arier“ zu verkaufen. Das jüdische Vermögen wird durch Vermögenserklärungen genauestens erfasst. Die Auswanderung ist nur gegen Zahlung einer hohen „Reichsfluchtsteuer“ möglich.¹⁷ Als ab Oktober 1941 eine Auswanderung nicht mehr möglich ist, verfällt das jüdische Vermögen beim Grenzübertritt, d.h. bei der lebensrettenden Flucht, dem Reich. Dies gilt auch, wenn der Grenzübertritt erzwungenermaßen durch Deportation erfolgt. Ab 1943, es leben immer noch Juden in Württemberg, fällt ihr Vermögen mit dem Tode automatisch an das Reich. Für die Juden gibt es kein Erbrecht mehr.

Die lebensrettende Emigration

Bereits 1933 beginnt die Auswanderung, die Nürnberger Gesetze lassen 1935 die Zahlen deutlich ansteigen. Bis Ende 1937 wandern annähernd 29 % der Juden aus. Die Ereignisse im November 1938 machen auch den letzten Juden den Ernst ihrer Lage klar. Bis zu diesem Zeitpunkt hofften viele jüdische Bürger, der Nationalsozialismus werde nach kurzer Zeit wieder verschwinden, oder er werde sich zumindest in seiner Politik mäßigen und ihnen wieder eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz zugestehen. Nach der Reichspogromnacht setzt ein regelrechter Andrang auf Auswanderung ein. 1938 und vor allem 1939 wandern weitere rund 30 % aus. Bis zum Auswanderungsverbot am 13. Oktober 1941 emigrieren nochmals 3,5 %. Insgesamt verlassen über 62 % der Juden ihre Heimat.

Obwohl offensichtlich nur durch Emigration dem staatlichen Terror zu entgehen ist, scheuen sich viele Juden trotz aller Repressalien zunächst vor diesem Schritt. Der NS-Führung ist an der Auswanderung durchaus gelegen. Tatsächliche und emotionale Gründe stehen ihr aber entgegen. Längst nicht alle Juden können neben der im November 1938 verordneten „Sühneleistung“ auch noch die hohe „Reichsfluchtsteuer“ aufbringen. Zu bürokratischen Behinderungen auf deutscher Seite kommen teils beträchtliche Schwierigkeiten der Einwanderungsländer hinzu. So verlangen z.B. die USA durch ein „Affidavit“ den Nachweis durch Angehörige oder Vertrauenspersonen in den USA, dass die Emigranten nicht der Fürsorge zur Last fallen würden. Nicht nur in Palästina sind zudem Handwerker und Personen gefragt, die mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind. Kaufleute, Ärzte und Rechtsanwälte sind weniger gefragt. Ein objektives Problem stellt auch das hohe Durchschnittsalter der deutschen Juden dar.

Vor allem den jungen Juden wird ab Mitte der 30er Jahre bewusst, dass Deutschland nicht mehr ihr Land sein kann. Für die jüngere Generation der assimilierten deutschen Juden ist die Auswanderung nicht nur ein Abschied von der deutschen Lebensform und Kultur, in ihr sieht sie gleichzeitig einen neuen Anfang. Für die ältere Generation stellt sich die Auswanderung anders dar. Sie steht vor der Wahl des Überlebens um den Preis des totalen Bruchs mit dem Land, das sie liebte, für das sie wie selbstverständlich im Ersten Weltkrieg ihr Leben eingesetzt hatte. Diese Meinung ist repräsentativ für die Mehrheit der älteren deutschen Juden. Darüber hinaus fühlen sich sehr viele einfach zu alt, zu müde, um im Ausland ein neues Leben zu beginnen.

Die NS-Judenpolitik nach Beginn des Zweiten Weltkriegs

Von der „Judenfrage“ zur „Endlösung der Judenfrage“

Umstritten ist die Frage, ob der Massenmord an der europäischen Judenheit ein originäres Ziel der Nazi-Politik war, oder ob die Nazis erst durch den tatsächlichen Verlauf der Geschichte des Zweiten Weltkriegs dieses Ziel verfolgt haben. Es kann hier nicht geklärt werden, wann und warum es letztlich von der „Judenfrage“ über die „Lösung der Judenfrage“ im Rahmen der geopolitischen nationalsozialistischen Rassenpolitik (Stichworte: „Madagaskarplan“ und „Generalplan Ost“)

¹⁷ Walk Stichwortverzeichnis „Reichsfluchtsteuer“ mit vielen Hinweisen.

zur sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ gekommen ist. Festzustellen ist aber, dass mit der Entscheidung Hitlers, die im besetzten sowjetischen Gebiet lebenden Juden auszurotten, auch die Entscheidung zur Vernichtung jener Juden gefallen war, die man zunächst in die freigewordenen Räume deportieren wollte.¹⁸

1941 ist das Schlüsseljahr für die gesamte weitere Vernichtungspolitik gegen die Juden. Der Hitlersche Traum der „Gewinnung von Lebensraum“ im Osten ist untrennbar mit seinem weiteren Ziel verknüpft, „die Juden herauszubringen“.

Die „Wannsee-Konferenz“

Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 dient nicht, wie oft angenommen wird, dem Beschluss der Massentötung der Juden, sondern der Koordinierung bereits erfolgter und der Planung zukünftiger Maßnahmen. Der Auftrag wird bereits am 31. Juli 1941 schriftlich von Göring an Heydrich erteilt:

„Ich beauftrage Sie [...], mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.“¹⁹

Der Begriff „Endlösung der Judenfrage“ selbst wird erstmals am 12. März 1941 von Adolf Eichmann, dem Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), in einem Befehl an Gestapo- und SD-Behörden verwendet. Auf der Wannseekonferenz werden *„[...] die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten besprochen [...] wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.“²⁰*

Adolf Eichmann, verantwortlich für die organisatorische Entwicklung und Ausführung des Endlösungsplanes präzisiert in seinem Jerusalemer Prozess 1961, dass mit „Lösungsmöglichkeiten“ die verschiedenen „Tötungsmöglichkeiten“ gemeint gewesen seien.²¹

Die Zwangsumsiedlung der Juden in Württemberg und Hohenzollern

1939 beginnt in Württemberg und Hohenzollern die Zwangsumsiedlung von Juden. Sie werden in bestimmte Häuser und Wohnblocks eingewiesen. 1940 beginnen die Nazis damit, Städte und Dörfer „judenfrei“ zu machen. Die Juden werden zwangsweise in kleinere Städte und Gemeinden eingewiesen, die immer noch einen verhältnismäßig hohen eigenen jüdischen Be-

völkerungsanteil haben. In Bad Buchau, Baisingen, Buttenhausen, Haigerloch, Laupheim, Oberdorf am Ipft und Rexingen steigen daher die jüdischen Einwohnerzahlen an. Auch größere Einzelgebäude werden zu jüdischen Altersheimen umgewandelt, so die ehemaligen Schlösser Eschenau (Kreis Heilbronn), Oberstotzingen (Kreis Heidenheim), Weissenstein (Kreis Göppingen), das ehemalige Landschulheim Herrlingen (Alb-Donau-Kreis) und das frühere Gemeindearmenhaus in Tigerfeld (Kreis Reutlingen). Die Unterbringung der Juden stellt die kleinen und meist finanzschwachen Gemeinden vor schwierige Probleme. Die Gemeindeverwaltungen und die nationalsozialistisch eingestellten Bevölkerungskreise fügen sich nur widerwillig dem zwangsweisen Bevölkerungszuwachs.

Beginn der „Endlösung der Judenfrage“ - Erste Deportationen

Am 1. September 1939 überfällt die deutsche Wehrmacht Polen. Den Wehrmachtstruppen folgen „Einsatzgruppen“, die auf Befehl Heydrichs methodisch und schrittweise die „Endlösung der Judenfrage“ vorbereiten. Die Juden werden in Ghettos zusammengetrieben. Es kommt zu vielfachen Massenerschießungen. Von Anfang an ist geplant, die polnischen Juden in den Osten zu deportieren.

Im Februar und März 1940 werden erstmals Juden aus dem „Altreichsgebiet“ deportiert: 1200 Juden aus Stettin und 600 Juden aus Schneidemühl. Diese ersten Deportationen sind regional begrenzt und bleiben vorerst ohne Nachfolge.

Die Deportation der Juden aus Baden am 22. Oktober 1940

Eine weitaus größere Aktion ist die Deportation von rund 5360 Juden aus Baden, die mit 1100 Juden aus der Pfalz und dem Saarland am 22. Oktober 1940, dem sechsten Tag des Laubhüttenfestes 5701²², nach Gurs in Südfrankreich verschleppt werden. Die so genannte „Bürckel“-Aktion wird unter strenger Geheimhaltung geplant.²³ Sie stellt einen Sonderfall dar, weil die Gauleiter von Baden und Saarpfalz, Robert Wagner und

¹⁸Sauer, Jahrestag, S. 42.

¹⁹Zitiert nach Kammer/Bartsch, S. 70

²⁰Zitiert nach Kammer/Bartsch, S. 274

²¹Vgl. Krausnick, S. 324

²²vgl. Gerlach/Weber, S. 15

²³Teschner, S. 72

Josef Bürckel, die in Personalunion zugleich Gauleiter des Elsass und Lothringens sind, vorausseilend und eigenmächtig ihre Gaue „judenrein“ melden wollen, um sich bei der NS-Führung beliebt zu machen. Wagner und Bürckel sind die Initiatoren der Deportation, die jedoch auf den personellen (Gestapo) und technischen Apparat (Organisation von Sonderzügen) des Reichssicherheitshauptamtes unter Heydrich zurückgreifen.²⁴ Entsprechend einer Klausel im Waffenstillstandsvertrag vom 20. Juni 1940 können alle Juden französischer Staatsangehörigkeit in den unbesetzten Teil Frankreichs abgeschoben werden. In willkürlicher Interpretation dehnen Wagner und Bürckel diese Klausel auch auf die Juden in den Gauen Baden und Saarpfalz aus.²⁵ Dabei werden die französischen Behörden getäuscht, indem Adolf Eichmann, so seine Aussage im Prozess in Israel,²⁶ die Züge am Grenzbahnhof Chalon-sur-Saône als „Wehrmachtstransporte“ deklariert.²⁷ Als das Vichy-Regime erkennt, dass in den Zügen deutsche Juden transportiert werden, entscheiden die französischen Behörden²⁸, sie nach Gurs im unbesetzten Südwesten Frankreichs zu bringen. Das dortige, zum Teil leer stehende Internierungslager dient bis Sommer 1940 der Aufnahme spanischer Flüchtlinge und „Spanienkämpfer“ der Internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkriegs, ab Mai 1940 bis zur Räumung Ende 1943 als Sammellager für Menschen unterschiedlichster Personengruppen (Spanienkämpfer, Kommunisten, politische Häftlinge, Juden, ethnische Minderheiten).²⁹ Es untersteht zunächst dem französischen Kriegsministerium, ab November 1940 der französischen Polizei.³⁰

Wiederholt protestiert die französische Seite gegen das deutsche Vorgehen.³¹ Dem Protest gegen die Internierung begegnet die NS-Führungsspitze zunächst inhaltend und dann mit der versteckten Aufforderung, die verschleppten Juden „bei passender Gelegenheit [...] abzuschieben“.³² Schon bald spricht die französische Regierung das Thema nicht mehr an. Vermutlich will sie „die großangelegte Hoffnung auf eine partnerschaftliche Kollaboration“ mit dem Deutschen Reich nicht gefährden.³³

Obwohl Gurs kein Vernichtungslager ist, sterben dort über 1100 Menschen - vor allem an Hunger, Krankheiten und Schwäche.³⁴ Viele der jüdischen Internierten werden ab 1942 über Drancy in die Vernichtungslager im Osten (Auschwitz, Majdanek, Sobibor und andere Lager) deportiert, wo sie meist kurz nach ihrer Ankunft ermordet werden.³⁵ Von den etwa 5360 badischen Juden überleben 1630 Menschen. 1350 sterben in Frankreich und 2390 Juden werden in den Vernichtungslagern ermordet.³⁶

Die Deportationen 1941 und 1942 aus Württemberg und Hohenzollern

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 („Unternehmen Barbarossa“) beginnt die Ermordung der sowjetischen Juden durch Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD). Die Massenvernichtung wird grausige Realität. Ab Mitte Oktober 1941 setzen die Deportationen aus dem Reich ein: Die Züge verfrachten die Juden nach Polen, in die westlichen Gebiete der Sowjetunion und in das Baltikum. An die Stelle der Auswanderung und der gewaltsamen Vertreibung ist jetzt die Ausrottung der Juden gerückt. Damit ist die Phase des großangelegten Massenmordes erreicht, der im industrialisierten Völkermord in den Vernichtungslagern fortgeführt werden wird. Um das millionenfache Morden „technisch zu bewältigen“ und um die Nerven der Täter zu schonen, tritt neben das bislang vor allem praktizierte Erschießen die „Vergasung“, mit der man seit der Ermordung der Geisteskranken im Rahmen der „Euthanasie“ (z.B. in Grafeneck) bereits Erfahrungen hat.

Die Organisation der Deportationen

Die Verschleppung der Juden aus dem Deutschen Reich wird zur „Geheimen Reichssache“ erklärt und im Stil einer gigantisch angelegten Polizeiaktion durchgeführt. Zuständig für die Durchführung in Württemberg-Hohenzollern ist die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stuttgart. Am Beispiel der ersten Deportation aus Württemberg und Hohenzollern, die im Dezember 1941 erfolgt, sollen Organisation und Durchführung der Deportationen etwas ausführlicher dargestellt werden. Die weiteren Deportationen weichen in Details zwar etwas davon ab, verlaufen aber im Wesentlichen gleichartig.

²⁴ Teschner S. 94.

²⁵ Gerlach/Weber, S. 14f.

²⁶ Lang, S. 65f.

²⁷ Teschner, S. 102.

²⁸ Teschner, S. 108.

²⁹ Gerlach/Weber, S. 14 und S. 21.

³⁰ Teschner, S. 104; Auerbach, S. 551.

³¹ Teschner, S. 80f.

³² Gerlach/Weber, S. 15; Teschner, S. 82-84.

³³ Teschner, S. 84.

³⁴ Weber, S. 18.

³⁵ Auerbach, S. 551; Gerlach/Weber, S. 20.

³⁶ Detaillierte Übersichten bei Teschner, S.315ff, hier besonders S. 319.

Mit Erlass der Geheimen Staatspolizei vom 18. November 1941 an die Landräte und Polizeidirektoren teilt die Gestapo den bevorstehenden Transport mit:

„Im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung gehen z.Z. laufend Eisenbahntransporte mit je 1000 Juden aus dem Altreich [...] nach dem Reichskommissariat Ostland. Württemberg ist daran zunächst mit einem Transport von 1000 Juden beteiligt, der am 1.12.1941 von Stuttgart aus abgeht. [...]

Die in Frage kommenden Juden wurden bereits hier zahlenmäßig und personell erfasst. [...].³⁷
(Vollständiger Text siehe **M 8**)

Die formal-rechtliche Grundlage für die Beschlagnahme des jüdischen Vermögens bildet die „11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941“³⁸, wonach ein Jude die deutsche Staatsangehörigkeit verliert, wenn er seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt. Verliert ein Jude die deutsche Staatsangehörigkeit, so verfällt sein Vermögen dem Reich. Die Deportation wird von den Nazis als Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland gewertet und das Vermögen geht an das Deutsche Reich. Zu dieser Linie passt es, dass die Juden die Kosten ihrer eigenen Deportation zu tragen haben.

Am 19. August 1942 notiert die damalige Haigerlocher Stadtchronistin im zweiten Band der Chronik:

„Heute sind die letzten Juden ausgezogen: 136 Personen mussten die Stadt verlassen. Wie man hört, sollen sie im Osten angesiedelt werden. Haigerloch [...] ist heute >>judenfrei<< geworden. Möge dieser Tag unserem Städtchen keinen Fluch bringen.“³⁹

Es ist eine besondere Perfidie der Gestapo, dass sie der Jüdischen Kultusvereinigung Württemberg die Vorbereitung und Zusammenstellung des Transportes überträgt. Die Kultusvereinigung hat die Teilnehmer des Transportes zu benachrichtigen und einzuberufen, und den Großteil der finanziellen, organisatorischen und technischen Anforderungen zu bewältigen. Mit Rundschreiben vom 19.11.1941 informiert die Jüdische Kultusvereinigung alle betroffenen Juden, „dass Sie und Ihre oben bezeichneten Kinder zu einem Evakuierungstransport nach dem Osten eingeteilt worden sind.“⁴⁰ Die einzelnen Bestimmungen des Gestapo-Erlasses vom vorangegangenen Tag werden detailliert erläutert⁴¹ (**M 9**).

Die Deportation nach Riga am 1. Dezember 1941

a) Die Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung

Das Beispiel der Gemeinden Haigerloch und Hechingen soll die Umsetzung des Gestapo-Erlasses zeigen. In Haigerloch und Hechingen gehen die Vorbereitungen für die erste Deportation zügig voran. Der Landrat von Hechingen hat bei der Reichsbahndirektion drei Eisenbahnwagen angefordert, die dem fahrplanmäßigen Zug der Hohenzollerischen Landesbahn angehängt werden. Der Zug wird in Hechingen planmäßig um 11.21 Uhr und in Haigerloch um 12.07 Uhr abfahren. In Eyach werden die Wagen auf die Reichsbahn überstellt und mit dem Zug 2818 über Tübingen nach Stuttgart weiterfahren, wo sie um 16.26 Uhr im Hauptbahnhof eintreffen werden. Nach einer entsprechenden Vereinbarung des Landrats mit der Reichsbahndirektion sollen die Wagen bis zum Nordbahnhof weitergeleitet werden, „um beim Ausladen auf dem Hauptbahnhof unliebsame Verkehrsstauungen zu vermeiden und weil das Durchgangslager auf dem Killesberg vom Nordbahnhof besser zu erreichen ist [...]“⁴² Am gleichen Tag werden die Bürgermeister über den Sachstand informiert:⁴³ In Haigerloch wird das Gepäck an der Sammelstelle in der Weil'schen Scheuer, in Hechingen im Gemeindehaus gelagert. Es wird von der beauftragten Speditionsfirma am 25. November in Güterwagen verladen, die auf dem Haigerlocher Bahnhof bereitstehen. Wegen der Liquidierung des eingezogenen Vermögens trifft am 24. November ein Beamter des Finanzamts Sigmaringen ein, um den Ablauf zu regeln. Am 24. November erhält der Hechinger Landrat die Beschlagnahmeverfügungen, und schon am 26. November kann er per Eilboten der Gestapo-Staatspolizeileitstelle und dem Regierungspräsidenten mitteilen, dass die Beschlagnahme- und Einziehungsverfügungen den Juden unverzüglich durch den Obergerichtsvollzieher aus Hechingen zugestellt worden sind.

³⁷ Erlass der Gestapo/Staatsleitstelle Stuttgart Nr. II B 2 1147/41 vom 18.1.1941. Zitiert nach Sauer, Dokumente Bd. 2, Nr. 462.

³⁸ Reichsgesetzblatt (1941) I, S. 722.

³⁹ Orts-Chronik der Gemeinde Haigerloch [Handschrift]. Bd. II, S. 217.

⁴⁰ Stadtarchiv Haigerloch Akte Nr. 898.

⁴¹ Stadtarchiv Haigerloch Akte Nr. 898.

⁴² Schreiben des Landrats in Hechingen vom 21.11.1941 an die Reichsbahndirektion Stuttgart: Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 99/001 Bü 235.

⁴³ Schreiben des Landrats an die Bürgermeister in Haigerloch und Hechingen vom 21.11.1941: Stadtarchiv Haigerloch Akte Nr. 898.

b) Der Transport

Am 27. November 1941 beginnt dann der sorgfältig vorbereitete Abtransport von jüdischen Bürgern aus Haigerloch. Auf ausdrückliches Verlangen der NSDAP-Ortsgruppe begeben sich die für den Transport bestimmten Juden vom jüdischen Wohnviertel „Haag“ über den abgelegenen Weg St. Annahalde zum Bahnhof, wo sie erst 20 Minuten vor Abfahrt des Zuges eintreffen sollen.⁴⁴ Scheuen die braunen Schergen die Blicke der Nachbarn oder der Öffentlichkeit? Dazu passt die euphemistische Umschreibung der Deportation mit den Begriffen „Evakuiert“ oder „Unbekannt verzogen“.

Auf dem Bahnhof findet die angeordnete Untersuchung nach Waffen, Munition, Sprengstoff, Gift, Devisen und Schmuck durch Beamte der Gendarmerie statt. Die jüdischen Frauen werden von Pflegerinnen und Fürsorgerinnen per Leibesvisitation in einem Zimmer untersucht. Eine Pflegerin nimmt der gleich zu deportierenden Selma Weil eine wertvolle Kette ab. Sie wird nach dem Krieg im Strafprozess gegen den ehemaligen Hechinger Landrat als Zeugin aussagen, dass nach ihrer Beobachtung vielen Frauen Schmuck aus Familienbesitz abgenommen wurde.⁴⁵ Bei der Durchsuchung beschlagnahmen die Beamten bei 46 Personen insgesamt RM 258,65. Dabei scheuen sie auch nicht vor Kleinstbeträgen von 18 oder 50 Pfennigen zurück.⁴⁶ Dann setzt sich der Deportationszug in Bewegung. In jedem Wagen befindet sich ein Polizeibeamter, Leiter des Transportes ist Regierungshauptsekretär Metzger. Unmittelbar nach dem Abtransport werden die freigewordenen Wohnungen polizeilich versiegelt und später vom Beauftragten des Finanzamts übernommen.⁴⁷

c) Das Sammellager auf dem Stuttgarter Killesberg

In Stuttgart werden die aus Württemberg und Hohenzollern eintreffenden Juden in einem Sammellager auf dem Killesberg zusammengefasst. Am 1. Dezember 1941 verlässt der erste Deportationstransport mit rund 1000 Juden den Stuttgarter Nordbahnhof. Das Ziel, das nach langer Fahrt schließlich am 4. Dezember erreicht wird, ist Riga.⁴⁸

d) Riga

Die Mehrzahl der Deportierten kommt in das Lager Jungfernhof. Sie werden in Scheunen und Ställen untergebracht. Da die Gebäude in sehr schlechtem Zustand sind und teilweise die Dächer fehlen, liegen die Men-

schen bei Minustemperaturen von 30° bis 40° praktisch im Freien. Ein kleiner Teil der Deportierten kommt wohl auch in das Ghetto Riga, eine ganze Anzahl von Männern in das 12 km entfernte Lager Salas-Pils. Am 26. März 1942 wird eine unbekannte Zahl jüdischer Menschen Opfer einer Massenerschießung in Bikernieki, dem „Birkenwäldchen“, der Hinrichtungsstätte des Ghettos Riga. Weitere ähnliche Massentötungen sind bekannt. Sehr viele Deportierte, darunter ganze Familien, gehen unter den extrem schweren Bedingungen zugrunde. Von den rund 1000 Juden, die am 1. Dezember 1941 ab Stuttgart deportiert werden, überleben 43 Personen.

Die weiteren Deportationen

Die Deportation nach Izbica am 26. April 1942

Am 26. April 1942 verlässt der zweite Transport Stuttgart.⁴⁹ Für die Deportation gibt es jetzt eine andere Begründung. Erfolgt die erste noch „im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung“, so heißt es nunmehr, die „[...] Umsiedlung stellt den Beginn der Endlösung der Judenfrage [...] dar.“⁵⁰ Der Transport, der von Stuttgart nach Izbica bei Lublin abgeht, umfasst etwa 350 Juden. Es sind vor allem jüngere Personen, darunter viele Kinder. Im Ghetto herrschen völlig verwahrloste Zustände. Die Verpflegung ist äußerst knapp. Das mitgebrachte Gepäck wird den Deportierten nicht ausgehändigt, so dass ein ungeheurer Mangel an Wäsche und Kleidung besteht.

Mit Fug und Recht lässt sich dieser Deportationszug als reiner Todestransport bezeichnen: Keiner der Verschleppten hat die Deportation überstanden. Wie viele bereits in Izbica sterben oder nach Belzec und Sobibór weiterverschleppt und dort in den Gaskammern ermordet werden, ist nicht geklärt.

⁴⁴ Schreiben des Ortsgruppen-Geschäftsführers der NSDAP Kronenbitter an den Bürgermeister vom 26.11.1941 (Stadtarchiv Haigerloch Akte Nr. 697).

⁴⁵ Staatsarchiv Sigmaringen Ho 400 Nr. 576.

⁴⁶ Aufstellung des Bürgermeisters vom 27.11.1941: Stadtarchiv Haigerloch Akte Nr. 898.

⁴⁷ Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 99/001 Bü 235.

⁴⁸ Sauer, Schicksale der jüdischen Bürger, S. 282-290. Über das Mahnmalprojekt für den Stuttgarter Nordbahnhof berichtet Kapitel 2.3.

⁴⁹ Sauer, Schicksale der jüdischen Bürger, S. 290-291.

⁵⁰ Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 99/001 Bü 235.

*Die Deportation in das Generalgouvernement*⁵¹
am 13. Juli 1942

Am 13. Juli 1942 werden mit einem kleineren Transport rund 50 württembergische Juden von Stuttgart aus deportiert, sie kommen aus Biberach, aus der Pflegeanstalt Heggbach und aus Haigerloch. Zumeist wird Auschwitz als Ziel dieses Transportes angesehen.⁵² Über ihr Schicksal ist nichts mehr bekannt geworden. Mit größter Wahrscheinlichkeit werden die Opfer direkt nach Ankunft des Transportes ermordet.⁵³ Umfassen die Deportationen nach Riga und Izbica vor allem Angehörige der jüngeren und mittleren Generation, so sind von dieser Deportation hauptsächlich alte, schwerkranke und gebrechliche Personen betroffen.

Die Deportation nach Theresienstadt am 22. August 1942

Am 22. August 1942 geht der größte Deportationszug aus Stuttgart mit dem Ziel Theresienstadt ab. Er umfasst über 1380 überwiegend ältere Juden aus Württemberg, Hohenzollern und auch aus Baden. Im Protokoll der „Wannsee-Konferenz“⁵⁴ wird Theresienstadt als Altersghetto bezeichnet. Juden im Alter von über 65 Jahren sollen nicht in den Osten deportiert werden, sondern in Theresienstadt verbleiben können. Sie werden durch so genannte „Heimeinkaufsverträge“ noch in Sicherheit gewiegt, sich auf Lebenszeit eine angemessene Unterkunft und Verpflegung erkaufen zu können. Sie werden bitter getäuscht. Knapp sechs Wochen nach ihrem Eintreffen in Theresienstadt leben von den deportierten Personen etwa 25 % nicht mehr.⁵⁵ Sie fallen Raumnot, Schmutz und mangelhafter Ernährung zum Opfer. Für weitere über 25 % der Deportierten geht der Transport innerhalb weniger Wochen hauptsächlich nach Treblinka, aber auch in andere Vernichtungslager weiter. Nach dem heutigen Stand der Forschung sind bis Mitte September 1942 von den 137 aus Haigerloch deportierten Männern und Frauen bereits 25 in Theresienstadt gestorben. Bis Ende September 1942 sind weitere 52 Juden nach Treblinka weiter verschleppt worden. In den folgenden Wochen und Monaten folgen noch zahlreiche Juden. In Treblinka werden die Neuankömmlinge zur angeblichen „Desinfektion“ ins Bad geführt. In Wirklichkeit handelte es sich um kein Bad, aus den Duschvorrichtungen strömte das tödliche Gas. 361 Personen überleben diesen Transport.⁵⁶

Ab Ende des Jahres 1942 ändern sich die Verhältnisse im Lager etwas zum Besseren. Theresienstadt soll nach außen zu einem „Renommierlager“ werden, das vor allem im Ausland den Berichten von den Massenver-

nichtungen entgegenwirken soll. Selbst die Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes fallen auf die Täuschung herein.⁵⁷ Es entstehen Reparaturwerkstätten für Kleider, Schuhe und Gebrauchsgegenstände, die Räume erhalten Bettgestelle. Die ärztliche Versorgung der Lagerinsassen wird verbessert. Epidemisch auftretende Krankheiten wie Masern, Scharlach und Typhus gehen zurück. Die Lagerleitung lässt Medikamente und Impfstoffe bereitstellen.

Gespensisch mutet angesichts der stets lebensbedrohlichen Verhältnisse das von der SS erlaubte, zeitweilig geförderte „kulturelle Leben“ im Lager an. Theater- und Opernaufführungen, Konzerte, Vorträge, eine „Ghettozentralbibliothek Theresienstadt“ mit annähernd 50000 aus jüdischem Besitz beschlagnahmten Büchern sollen „Normalität“ vorspiegeln. Der von der NS-Propaganda darüber gedrehte „Dokumentar“-Film „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ kann als Höhepunkt des für das System typischen Zynismus betrachtet werden.

Es muss angefügt werden, dass diese Maßnahmen trotz aller Perfidie ungewollt vielen Gefangenen Halt, Trost und etwas Ablenkung von der durchaus bekannten Gefahr einer künftigen weiteren Deportation in die Vernichtungslager gaben.

*Weitere Deportationen aus Baden, Württemberg und Hohenzollern*⁵⁸

Am 29. September 1942 werden 41 noch verbliebene badische Juden in einem Vernichtungstransport nach Auschwitz verschleppt. Nicht eine der deportierten Personen überlebt.

Am 1. März 1943 werden aus Stuttgart 44 Juden nach Auschwitz deportiert. Nur einer überlebt. Durch diesen Transport werden erstmals auch Partner von nicht mehr bestehenden Mischehen betroffen. Ob die Ehe wegen erfolgter Scheidung oder wegen des Todes des nicht-jüdischen Ehegatten nicht mehr besteht, bleibt unberücksichtigt.

⁵¹ Gottwald/Schulle, S. 223.

⁵² Gottwald/Schulle, S. 223.

⁵³ Sauer, *Schicksale der jüdischen Bürger*, S. 291 und 393.

⁵⁴ Vgl. Poliakov, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 119 ff.

⁵⁵ Sauer, *Schicksale der jüdischen Bürger*, S. 292-304 und 393.

⁵⁶ *Theresienstädter Gedenkbuch*, S. 22 und S. 651-676.

⁵⁷ Sauer, *Schicksale der jüdischen Bürger*, S. 301-302 und 393.

⁵⁸ Sauer, *Schicksale der jüdischen Bürger*, S. 304-307 und 393.

Kommentiertes Verzeichnis der Quellen und Literatur

Ein weiterer Transport mit 20 Juden geht am 17. April 1943 nach Theresienstadt. Fünf von ihnen überleben.

Ein größerer Transport, der 76 Personen umfasst, geht am 11. Januar 1944 ebenfalls nach Theresienstadt. 60 Personen überleben.

Rund drei Monate vor Kriegsende geht der letzte Transport nach Theresienstadt. Von den 177 Personen, die ihm angehören, kommen vier ums Leben, 173 erleben das Kriegende.

Neben diesen Deportationstransporten führt die Gestapo zwischen Herbst 1942 und Anfang 1945 noch eine Reihe weiterer Deportationen durch, von denen jeweils nur wenige Juden oder jüdische Einzelpersonen betroffen sind. Insgesamt werden auf diese Weise mindestens 147 Personen deportiert, von denen nur 21 überleben.

Nach den Angaben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland lebten Ende November 1941 in Württemberg und Hohenzollern 2810 Juden. Nach Zählung der Nationalsozialisten, die auch „Halbjuden“ und „Geltungsjuden“ aus rassistischen Gründen hinzurechneten, lag die Zahl bei über 3000 Menschen. Von diesen sind in zwölf Deportationen zwischen Dezember 1941 und Februar 1945 ab Stuttgart etwa 2500 Juden deportiert worden. Zurückgekehrt nach Württemberg sind rund 180 Personen.⁵⁹ Man steht also vor einer hohen Zahl, einer schrecklichen Zahl an Menschen, die einzig und allein weil sie Juden waren, in den Tod geschickt, die ermordet wurden.

Umfangreiches Quellenmaterial zu den Deportationen ist im Hauptstaatsarchiv Stuttgart im Bestand EA 99/001 zusammengestellt.

Einen raschen Zugriff auf wichtige Dokumente erlaubt:

Sauer, Paul: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945. Teile I und II. Im Auftrag der Archivdirektion Stuttgart bearbeitet von Paul Sauer. Stuttgart 1966. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden Württemberg, Bd. 16 und Bd. 17).

Immer noch umfassende und zuverlässige Werke:

Sauer, Paul:
Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945. Stuttgart 1969. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden Württemberg, Bd. 20).

Gedenkbuch:
Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933-1945. Ein Gedenkbuch. Hrsg. von der Archivdirektion Stuttgart. [Bearb. von Paul Sauer]. Stuttgart 1969. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden Württemberg, Beiband zu Bd. 20).

Was die Deportationen aus Baden-Württemberg anbelangt, weitgehend auf dem vorgenannten Gedenkbuch basierend, auf dem heutigen Stand der Forschung (in Einzelfällen jedoch Fragen offen lassend und bedauerlicherweise unter Wegfall des benutzerfreundlichen Ortsindex der ersten Auflage):

Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. 2. erweit. Aufl., hrsg. und bearb. vom Bundesarchiv Koblenz. 4 Bde. Koblenz 2006.

Ein wichtiges Hilfsmittel für die Erforschung der weiteren Schicksale der nach Theresienstadt deportierten Juden:

Theresienstädter Gedenkbuch: Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942-1945. Prag und Berlin 2000.

⁵⁹Sauer, *Nationalsozialismus*, S. 303.

Benützte Quellen und Literatur

Neben den bereits oben erwähnten Quellen und der Literatur wurden weiter benützt:

Quellen, Gesetzestexte

Stadtarchiv Haigerloch: Akten Nr. 697 und 898.

Stadtarchiv Haigerloch: Ortschronik der Gemeinde Haigerloch [Handschrift].

Staatsarchiv Sigmaringen: Ho 400 Nr. 576

Reichsgesetzblatt: 1933, 1935, 1938, 1941

Literatur

Auerbach, Hellmuth: Gurs. In: Benz, Wolfgang / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. 5. aktualisierte und erweiterte Auflage München 2007.

Gerlach, Stefanie / Frank Weber: „... es geschah am helllichten Tag!“ Die Deportation der badischen, pfälzer und saarländischen Juden in das Lager Gurs /Pyrenäen. Stuttgart 2000 (Reihe BAUSTEINE der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg).

Goebbels, Joseph: Tagebücher. Hg. von Ralf Georg Reuth. Bd. 3. München ²1992.

Gottwald, Alfred und Schulle, Diana : Die Judendeportationen aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005.

Krausnick, Helmut: Judenverfolgung. In: Buchheim, Hans [u.a.] (Hg.): Anatomie des SS-Staates. Bd. II. München 1967, S. 233-366.

Lang, Jochen von: Das Eichmann-Protokoll. Tonband-Aufzeichnungen der israelischen Verhöre. Berlin 1982.

Poliakov, Léon / Joseph Wulf: Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze. Berlin 1955.

Sauer, Paul: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Hrsg. von Hansmartin Scharzmaier und Meinrad Schaab. Bd. 4, Stuttgart 2003, S. 231-320.

Sauer, Paul: Zum 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht“. Die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg 1933 bis 1945. In: Lehren und Lernen, 4. Jg. 1978, Heft 10, S. 16-52.

Teschner, Gerhard J.: Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940. Vorgeschichte und Durchführung der Deportation und das weitere Schicksal der Deportierten bis zum Kriegsende im Kontext der deutschen und französischen Judenpolitik. Frankfurt am Main [u.a.] 2002. Zugl.: Heidelberg, Univ. Diss., 2001.

Walk, Joseph: Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Inhalt und Bedeutung. Heidelberg ²1996.



M 4 Erschießungs- und Gräberstätte Riga-Bikernieki (1941)



M 5 und M 6 Gedenkstätte Riga-Bikernieki (2001)



**Gedenkstein für die erschossenen lettischen Juden im Wald von Rumbula (an der Straße Riga-Salaspils).
Foto: Dietrich Hub, Fellbach**

Abschrift

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Oberstes Parteigericht

Der Chef des
Zentralamtes

München 33
Fernruf 508-12 508-15, 508 25

Akt.No.: 47

Zeichen: Schn/R den

G e h e i m !

G e h e i m !

B e r i c h t
über

die Vorgänge und parteigerichtlichen Verfahren,
die im Zusammenhang mit den antisemitischen
Kundgebungen vom 9. November 1938 stehen.

[...]

"Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte."

[...]

***Erlaß der Geheimen Staatspolizei / Staatspolizeileitstelle Stuttgart
an die Landräte und Polizeidirektoren vom 18. November 1941
Nr. II B 2 1147/41 betr. Abschiebung von Juden
in das Reichskommissariat Ostland.***

Vermerk: Eilt sehr!

Landratsamt Biberach

I. Im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung gehen z. Z. laufend Eisenbahntransporte mit je 1000 Juden aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Reichskommissariat Ostland. Württemberg und Hohenzollern ist daran zunächst mit einem Transport von 1000 Juden beteiligt, der am 1. 12. 1941 von Stuttgart aus abgeht. (Näheres siehe Ziffer III.)

II. Die in Frage kommenden Juden wurden bereits hier zahlenmäßig und personell erfaßt. Maßgebend war dafür § 5 der Ersten VO zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 RGBl. I, Seite 1333. Ausgenommen wurden
1. in deutsch-jüdischer Mischehe lebende Juden;
2. Juden ausländischer Staatsangehörigkeit;
3. Juden im Alter von über 65 Jahren.
In Einzelfällen wurde allerdings dieser Rahmen durchbrochen.

Die aus dem dortigen Bereich für die Evakuierung in Betracht kommenden Juden sind aus der Anlage 1 ersichtlich. Einzelne Änderungen, die durch die parallel laufende Umsiedlung der restlichen Juden innerhalb Württembergs, durch besondere Verhältnisse, Krankheit usw. unvermeidlich sind, werden laufend mitgeteilt. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß auf keinen Fall von der für den dortigen Bereich vorgesehenen Kopfzahl, sowohl nach oben als nach unten, abgewichen werden darf. Überzählige Juden werden wieder in ihre früheren Wohnorte zurückgeschickt. Ausfälle (durch Selbstmord usw.) sind unverzüglich mitzuteilen.

III. Der für die Beförderung der Juden vorgesehene Eisenbahnzug fährt fahrplanmäßig am 1. Dezember 1941 zwischen 8 und 9 Uhr von Stuttgart ab. Die zu evakuierenden Juden sowohl aus Stuttgart selbst als auch aus dem Lande werden in einem Durchgangslager auf dem Gelände der früheren Reichsgartenschau (Killesberg) in Stuttgart vom 27. 11. 1941 ab konzentriert.

IV. Es darf pro Person mitgenommen werden:

- a) Zahlungsmittel bis zu RM 50. in Reichskreditkassenscheinen. Die Beschaffung dieser Zahlungsmittel erfolgt von hier aus, so daß die dortigen Juden praktisch keine Zahlungsmittel beim Transport hierher mit sich führen dürfen.*
- b) 1 oder 2 Koffer mit Ausrüstungsstücken (kein sperriges Gut). Dieses Gepäck darf das Gewicht von 50 kg nicht überschreiten.*
- c) Bettzeug, bestehend aus 12 Wolldecken, 2 Leintüchern und für 2 Personen 1 vollständige Matratze (jedoch ohne Kopfkeil).*
- d) Vollständige Bekleidung (besonders warmes Überzeug und ordentliches Schuhwerk).*
- e) Mundvorrat für 12 Tage. Für die übrige Verpflegung aller Transportteilnehmer ist bereits von hier aus ausreichend Vorsorge getroffen.*
- f) Eßgeschirr (Teller oder Topf mit Löffel)*

N i c h t mitgenommen werden dürfen: Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw., Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin mit Ausnahme des Eherings), lebendes Inventar.

Die ab 1. 12. 1941 gültigen Lebensmittelkarten sind vorher gegen Aushändigung einer Bescheinigung beim zuständigen Ernährungsamt abzugeben. Diese Bescheinigung ist im Sammellager hier vorzulegen.

Die Arbeitsbücher sind einzuziehen und dem örtlichen Arbeitsamt zu übergeben.

V. Vor Überstellung der in den einzelnen Landkreisen zusammengestellten Transporte nach hier ist durch die Ortspolizeibehörde eine eingehende Durchsuchung nach Waffen, Munition, Sprengstoffen, Gift, Devisen, Schmuck usw. vorzunehmen. Das dabei erfaßte Vermögen ist listenmäßig dem örtlichen Finanzamt zu übergeben (im übrigen siehe Ziff. VI)

VI. Um etwaigen Vermögensverschiebungen vorzubeugen, wird das Vermögen der abzuschiebenden Juden in seiner Gesamtheit staatspolizeilich beschlagnahmt. Ich ersuche hiernach um praktische Durchführung dieser Maßnahme. Über die Jüdische Kultusvereinigung ist den Juden bereits das als Anlage beigefügte Formular einer Vermögenserklärung zugegangen, in dem

sie ihr Vermögen restlos aufzuführen und das Verzeichnis bis spätestens 25. 11. 1941 dem jeweiligen Bürgermeisteramt vorzulegen haben. Die Bürgermeister haben die Verzeichnisse stichprobenweise nachzuprüfen und dem zuständigen Finanzamt einzusenden.

Das gesamte Vermögen dieser Juden wird generell eingezogen. Die Einziehungsverfügungen werden den einzelnen hier im Sammellager zugestellt. Die Liquidation führt der Oberfinanzpräsident in Württemberg durch die örtlichen Finanzämter durch. Ich ersuche daher, sofort mit diesen wegen der Versiegelung der Wohnungen und sonstigen Maßnahmen in Fühlung zu treten. Diese Behörden werden eine entsprechende Anzahl Beamter zur Durchführung dieser Maßnahmen zur Verfügung stellen.

VII. Die zur Evakuierung kommenden Juden wurden aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Einheitlichkeit wegen auf meine Anordnung durch die Jüdische Kultusvereinigung heute durch das in Mehrfertigung beiliegende Rundschreiben (Einschreibbrief) verständigt. Jedem dieser Juden ist durch diese Mitteilung eine Transportnummer gegeben, die sich mit der auf beiliegender Anlage deckt. Ich bitte daher der Einfachheit halber bei irgendwelchen Rückfragen und bei der Zusammenstellung des dortigen Transportes jeweils diese Nummer anzuführen.

Bei der beschränkten Zahl der zur Verfügung stehenden Güterwagen ersuche ich besonders darauf zu achten, daß sich das Gepäck der einzelnen streng im Rahmen des Vorgeschriebenen hält.

Ins Auffanglager in Stuttgart und auf den Reiseweg dürfen nur das aller-notwendigste Handgepäck sowie 12 Wolldecken von den einzelnen mitgeführt werden.

Zur Sammlung des übrigen, zum Teil schweren Gepäcks habe ich für den ganzen Bereich Württemberg und Hohenzollern die Firma Barr, Moering u. Co., Stuttgart, beauftragt. Sie hat im Benehmen mit der dortigen Behörde das anfallende Gut aus den einzelnen Kreisen zusammenzuziehen und zum Abgangsbahnhof zu befördern. Ein Vertreter dieser Firma wird demnächst persönlich dort vorsprechen und die Durchführung im einzelnen regeln. Ich ersuche ferner zu veranlassen, daß eine genaue Bezeichnung, insbesondere die Anbringung der Transportnummer der Eigentümer auf den Gepäckstücken deutlich angebracht wird.

Weil in dem Siedlungsgebiet zur Errichtung eines Ghettos nicht das geringste Material sowohl zum Aufbau als zur Lebenshaltung selbst vorhanden ist, ersuche ich ferner etwa durch Einschaltung eines jüdischen Mittelsmannes zu veranlassen, daß eine sich nach der jeweiligen Kopfzahl richtende Menge von Baugerät, Werkzeugkästen, ferner Küchengerät für Gemeinschaftsverpflegung, z. B. Kessel, sowie Öfen, Eimer, und Sanitätskästen vorhanden sind. Diese Gegenstände werden zusammen mit dem größeren Gepäck befördert. Dabei ist ungefähr folgender Maßstab anzulegen: Auf je 10 Personen einen Eimer, auf je 10 Personen eine Schaufel oder Spaten, auf je 10 Personen einen Pickel, ein scharfes Beil oder eine Axt, auf je 20 Personen eine Säge, auf je 50 Personen einen Ofen mit Ofenrohr und Ofenblech und Sanitätskästen, auf je 100 Personen einen Kochkessel und 1 Nähmaschine, auf je 20 Personen einen größeren Werkzeugkasten. Ein Neuerwerb von Gegenständen soll jedoch unterbleiben.

VIII. Dortige Aufgabe ist es also, die Juden rechtzeitig zu sammeln, im Benehmen mit den Finanzbehörden das Vermögen sicherzustellen, die Wohnungen zu versiegeln, evtl. Hausverwalter zu bestellen, die einzelnen Personen durchsuchen zu lassen, das Gepäck zu kontrollieren und mit einer entsprechenden Anzahl von Beamten die Juden am 27. bzw. 28. 11. 1941 (wegen des genauen Termins für die Einlieferung in das Sammellager ergeht noch ein besonderer Erlaß) im Sammellager in Stuttgart einzuliefern.

Soweit für den Personentransport nach Stuttgart im Hinblick auf die Zahl der zu befördernden Personen besondere Eisenbahnwagen benötigt werden, ist das Erforderliche von dort aus zu veranlassen. Der Transportführer (Beamter) hat hier eine genaue Transportliste, die die Transportnummer, die Personalien, den Beruf und die Kennnummer enthält, in vierfacher Fertigung vorzulegen.

Etwaige Kosten werden durch die Jüdische Kultusvereinigung in Stuttgart getragen und aus einem Sonderfonds bezahlt.

*Rückfragen bitte ich fernmündlich über T.-Anschluß 2 9741, 2 81 41, Anschluß 25 55 oder 25 79, zu erledigen.
In Vertretung:*

Mußgay

Abschrift

Jüdische Kulturvereinigung
Württemberg e.V.

Stuttgart, den 19.11.1941
Hospitalstraße 36

Herrn
Frau
Fräulein
und Kinder:
Anlagen,

Ihre Transportnummer:

Bitte genau beachten!

Betr. Evakuierung

Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stuttgart haben wir Sie davon zu verständigen, dass Sie und Ihre obenbezeichneten Kinder zu einem Evakuierungstransport nach dem Osten eingeteilt worden sind. Gleichzeitig werden Sie hiermit verpflichtet, sich mit Ihren obengenannten zum Transport eingeteilten Kindern ab

M i t t w o c h, den 26.11.1941

in Ihren [sic!] jetzigen Unterkunft bereit zu halten und diese ohne besondere Erlaubnis der Behörde, auch nicht vorübergehend zu verlassen .
Arbeitseinsatz, auch in wichtigen Betrieben, entbindet nicht von der Evakuierung.

Jeder Versuch, sich der Evakuierung zu widersetzen oder zu entziehen, ist zwecklos und kann für die Betroffenen zu schweren Folgen führen.

Die angeschlossenen Vermögenserklärung [sic!] sind für jedes von der Evakuierung betroffene Familienmitglied, auch für jedes Kind besonders und sorgfältig auszufüllen und binnen 3 Tagen bei der Ortspolizeibehörde abzugeben.

Angeschlossen ist ein Verzeichnis der nötigsten Bedarfsgegenstände. Hierzu wird noch bemerkt, dass jeder Transportteilnehmer bis zu 50 kg. Gepäck mitnehmen darf, sei es in Handkoffern, Rucksäcken oder Umhängetaschen.

[...]

Jeder Tansportteilnehmer bekommt RM 50.- in Reichskreditkassen-Scheinen und zwei Proviantpakete zu RM 7,65, wovon da [sic!] eine Lebens-Mittel enthält, die zum Verbrauch unterwegs bestimmt sind, während das zweite Paket mit Mehl, Hülsenfrüchten usw. als Reisegepäk [sic!] befördert wird.

Sie wollen den hiernach erforderlichen Betrag von RM 57,65 je Person sofort bei der Kasse der Jüdischen Kulturvereinigung Württemberg e.V. Stuttgart, Hospitalstraße 36 einbezahlen, bzw. auf das Sonderkonto der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Zweigstelle bei der deutschen Bank, Stuttgart, Abteilung Gymnasiumstrasse zu überweisen [sic!].

Falls Jhnen der Betrag nicht zur Verfügung steht, so wollen Sie dies sofort der Jüdischen Kulturvereinigung mitteilen.

[...]

Zum Schluss bitten wir Sie, nicht zu verzagen: Die Leistungen unserer Mitglieder besonders im Arbeitseinsatz berechtigen zu der Hoffnung, dass auch diese neue und schwierigste Aufgabe gemeistert werden kann.

Jüdische Kulturvereinigung Württemberg e.V.

*gez. Moos
Ernst Israel Moos*

*Rothschild
Theodor Israel Rothschild*

*Fackenheim
Alfred Israel Fackenheim*



M 10 Die „Ehrenhalle für den Reichsnährstand“ (Stuttgart, Killesberg, für die Reichsgartenschau 1939 erbaut, im 2. Weltkrieg zerstört) wurde zum Sammellager für die Deportation am 1.12.1941 umfunktioniert.

„Killesberg! Diese Nacht
des Wahnsinns und des
Grauens bleibt mir
unvergessen.“

M 11 Aussage einer deportierten Frau aus Ulm.



M 12 Im Sammellager Killesberg (1941).

Zum Gedenken an die
mehr als 2000 jüdischen
Bürger, die während der
Zeit des Unheils in den
Jahren 1941 und 1942
von hier aus ihren
Leidensweg in die
Konzentrationslager und
in den Tod antraten.



M 13 Inschrift des Gedenksteins auf dem Killesberg

M 14 Gedenkstein auf dem Killesberg (seine künstlerische Gestaltung und sein Text sollten von den Schülern aus heutiger Sicht geprüft und bewertet werden, s. M 26).

2. Mahnmal-Projekte

2.1 „Zeichen der Erinnerung“: Die Gedenkstätte am Stuttgarter Nordbahnhof (Alfred Hagemann)

Die Deportation der jüdischen Württemberger und Hohenzollern geschah ab 1941 in der Öffentlichkeit und doch im Verborgenen: Der authentische Ort, eine Gleisanlage des Stuttgarter Nordbahnhofs, hat sich erhalten. Als „Zeichen der Erinnerung“ wurden die Gleise zu einer Gedenkstätte umgestaltet. Seit dem 14. Juni 2006 ist sie öffentlich zugänglich.

Standort, historischer Hintergrund

Die Gedenkstätte befindet sich im Stuttgarter Stadtbezirk Nord in einer Art Rechteck, dessen Seiten von der Heilbronner-, Friedhof-, Nordbahnhof- und Pragstraße gebildet bzw. von den S- und Fernbahngleisen durchschnitten wird.

Der Nordbahnhof wurde im 19. Jahrhundert als Bahnbetriebs- und Firmengelände nördlich und östlich des Pragfriedhofs angelegt. Für die Eisenbahner baute man gleich nebenan ein eigenes Wohnviertel. Zwischen der Otto-Umfrid-, Eckart- und Nordbahnhofstraße endeten die Gleise des Güterbahnhofs. Von hier aus wurden in den Jahren 1941 bis 1945 mehr als 2500 jüdische Bürger in die Sammel-, Durchgangs- und Konzentrationslager Riga, Izbica, Auschwitz und Theresienstadt deportiert.

Der historische Endpunkt der weiträumigen Gleisanlage wurde Ende der 1990er Jahre mit Wohnungen überbaut. Die sich seit 2006 unmittelbar anschließende Gedenkstätte bewahrt jedoch einen Abschnitt der Gleise, auf denen die Deportationszüge standen, vor der Zerstörung und dem Vergessen.

Die Entstehung des Projekts

Die öffentliche Aufmerksamkeit wurde durch Diskussionen und Aktionen, bei denen die „Stiftung Geißstraße“ und der „Infoladen 21“ eine wichtige Rolle spielten, Ende der 1990er Jahre auf den Nordbahnhof gelenkt. Unter anderem führte der 60. Jahrestag der Deportationen im Jahr 2000 zu ersten Anträgen im Bezirksbeirat Stuttgart Nord und im Gemeinderat Stuttgart, um den authentischen Ort zu schützen.

Der nächste Schritt war die Ausrichtung eines internationalen Workshops Ende 2001, dessen Ergebnisse im Mai 2002 präsentiert wurden. Der Entwurf von Anne-

Christin und Ole Saß (Berlin) wurde der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt.

Der zunächst nur symbolischen „Inbesitznahme“ des Geländes im April 2002 folgte 2003 die endgültige Freigabe durch einen Gemeinderatsbeschluss. Um die Finanzierung, Planung und Realisierung des Projekts zu sichern, das weit die über die Möglichkeiten der „Stiftung Geißstraße“ hinausging, wurde 2004 der Verein „Zeichen der Erinnerung“ gegründet.

Bereits ein Jahr später war die Finanzierung der Gedenkstätte gesichert: Die Stadt Stuttgart verpflichtete sich, die Hälfte der geschätzten Gesamtsumme von 500 000 Euro zu tragen - unter der Bedingung allerdings, dass der neu gegründete Verein über Spenden die zweite Hälfte der Gelder aufbrachte, was ihm auch bis zum Herbst 2005 gelang.

Ende März 2006 konnte mit dem Bau begonnen werden. Das Grundstück war bereits im Sommer zuvor durch Jugendliche der „Internationalen Begegnung in Gemeinschaftsdiensten“ (IBG e.V.) gereinigt worden. Im Juni 2006 erfolgte die Übergabe der Gedenkstätte an die Öffentlichkeit.

Konzept

Anne-Christin und Ole Saß ließen sich von folgenden Ideen leiten:

„Wesentliches Entwurfsprinzip ist es, die Eigenarten des authentischen Ortes zum Thema, sichtbar zu machen. Zwei Zugänge eröffnen sich zum Thema: zum einen ein emotionaler Zugang über die sinnliche Erfahrung des Ortes, zum anderen ein rationaler Zugang über den Informationsbereich. Es ist vorgesehen, die Schienen unverändert zu erhalten, Schotter soll zwischen den Gleisen auf der gesamten Fläche verteilt werden.“¹

Eindrücke

Aus dem „Niemandland“, dem nur schwer überblickbaren Chaos des Inneren Nordbahnhofs, wird die historische Gleisanlage durch eine 60 Meter lange Mauer „herausgeschnitten“ und durch einen Steg „umrahmt“.

¹Zeichen der Erinnerung, S. 29.

Die hellen, genormten Betonelemente wirken zur Otto-Umfrid-Straße hin rau, im Innenbereich nahezu glatt.

Der Besucher betritt die Gedenkstätte von der Otto-Umfrid-Straße aus und blickt dabei auf die Daten und Zielorte der Deportationen. Zwischen Wildwuchs und Industrieruinen, heruntergekommenen Backsteinbauten und gesichtslosen Neubaublöcken entsteht, wenn er sich darauf einlässt, ein Ort der Konzentration. In dem ca. 70 mal 30 Meter großen Areal sind fünf unterschiedlich lange Gleise mit Prellböcken zu erkennen. Aber auch das Umfeld gerät in den Blick: die Fenster der Wohnhäuser vor allem, die sofort die Frage nach den Augenzeugen der Deportationen wach werden lassen.

Der ca. drei Meter breite, leicht erhöhte Betonsteg lädt zu einem langsamen Rundgang ein. Auf der Innenseite der Längswand, parallel zur Straße, wurden die über 2000 Namen der Deportierten angebracht. Die Zeilen sind unterschiedlich lang, je nach Perspektive erscheinen sie parallel angeordnet oder gehen sternförmig auseinander. Die Wand der Namen wird nach und nach ergänzt, die biographischen Forschungen dauern noch an.

Rechts vom Eingangsbereich, unter einem angedeuteten Dach, findet der Besucher in fünf Schaukästen und einem Terminal Informationen über die Deportationen und das Gedenkstättenprojekt.

Literatur

Zeichen der Erinnerung e.V. (Hg.): Gedenkstätte im Stuttgarter Nordbahnhof. Hintergrund, Werdegang, Realisierung. Stuttgart 2006.

Internet

<http://www.zde-stuttgart.de>
http://www.stuttgart-im-bild.de/html/zeichen_der_erinnerung.html

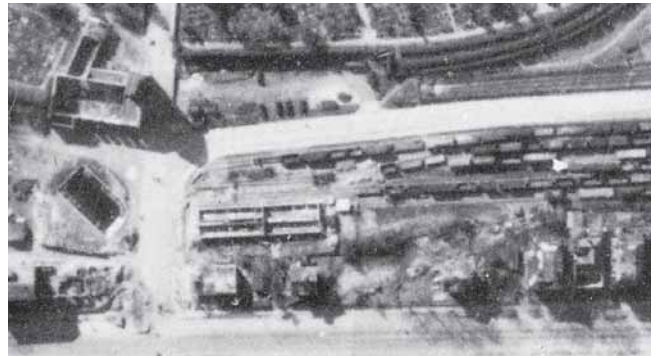
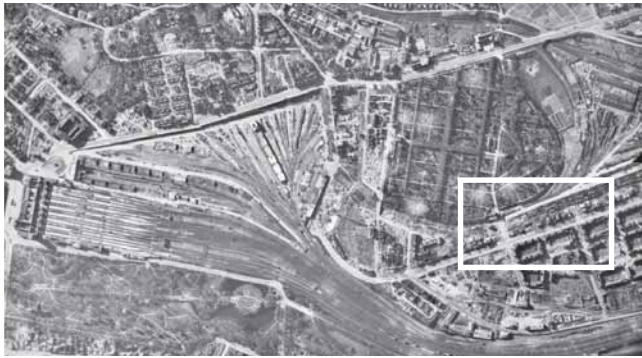
Kooperationspartner

<http://www.geissstrasse.de>
<http://www.zeichen-der-erinnerung.org>
<http://www.die-anstifter.de>
<http://www.stolpersteine-stuttgart.de/>
<http://www.infoladen-stuttgart21.de>

Verein „Zeichen der Erinnerung“

Prof. Roland Ostertag
Gähkopf 3
70192 Stuttgart
Tel. (0711) 605337
Tel. (0711) 6074243
E-Mail: architekten-ouv@gmx.de
<http://www.zeichen-der-erinnerung.info>

Weitere Informationen: siehe Kapitel 4 (Lernorte)



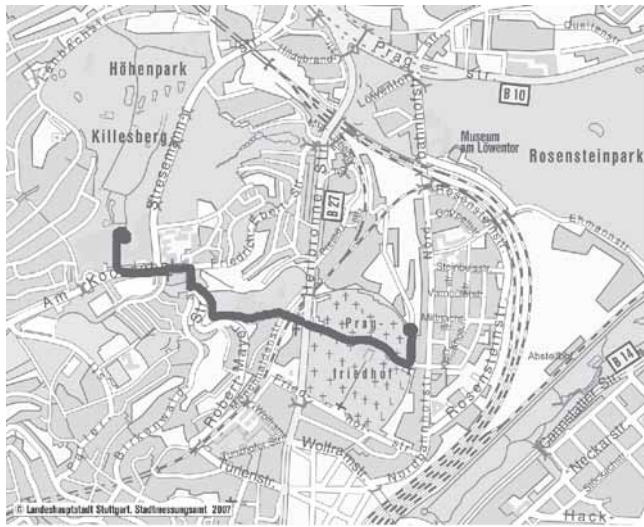
M 15 und M 16 Luftbild vom Stuttgarter Norden (10.4.1945):
Auf dem vergrößerten Ausschnitt ist oben links die 1937 erbaute Martinskirche (Stuttgart-Nord) zu erkennen. Zwischen der Nordbahnhofstraße (am unteren Bildrand), der Eckart- und der Otto-Umfrid-Straße befinden sich Abstellgleise mit Güterwaggons: der „authentische Ort“ der Deportationen.



M 17 Gleise, Prellböcke und die Informationswand an der Kopfseite der Gedenkstätte.



M 18 Individuelles Erinnern: Die Namen der Deportierten auf der Betonwand, die das „Zeichen der Erinnerung“ von der Otto-Umfrid-Straße abgrenzt.



M 19 Fußweg vom Killesberg zum Inneren Nordbahnhof.

Vom Killesberg zum Nordbahnhof

- Haupteingang Messengelände
- an der evangelischen Brenz-Kirche vorbei
- Straße Am Kochenhof (*Stolperstein* vor Nr. 3 beachten)
- bergab: Eckartshaldenweg
- links an der katholischen St. Georgs-Kirche vorbei
- Unterquerung der Heilbronner Straße (Straßenbahnhaltestelle)
- über den Pragsfriedhof
- am Krematorium vorbei
- an der evangelischen Martinskirche entlang (Gedenktafel beachten)
- links ab in die Otto-Umfrid-Straße

M 20 Wegbeschreibung vom Killesberg zum Nordbahnhof.

M 21 Impulse für einen Besuch der Gedenkstätte Nordbahnhof

Umgebung betrachten, bzw. beobachten

- Rückseite der Wohnhäuser, Straßenbahnlinie, Martinskirche
- Industriebrache, Gleisanlagen
- mit Luftbild vergleichen (M 15, 16)

Gedenkort innerhalb der Umgebung betrachten

- Abgrenzung vom „Chaos“ der Umgebung wahrnehmen
- Beton-„Passepartout“ um die Gleise erkennen, dem Effekt dieser Rahmung nachspüren
- Weg beschreiten, den erhöhten Steg umrunden

gestalterische Elemente wahrnehmen

- abgrenzende Mauer, doch Sicht nach außen
- keine Symmetrie
- unterschiedliche Oberfläche der Betonwand (Außenwand zum Bahnhofsgelände rau, innen glatt, hell)
- Linearität, Serielles: u.a. bei den Schienen, Namen, den Betonelementen beobachtbar
- Anordnung der Namen: ungleichmäßige, je nach Perspektive sternförmig verlaufende Linien aus Namen
- Gestaltungskriterien für Mahnmale überprüfen (M 26)

produktiv werden

- Skizzen oder Fotodokumentation erstellen
- Eindrücke verschriftlichen (z.B. als Tagebuch- oder Presstext)
- Alternativideen des Wettbewerbs diskutieren

historische Spuren verfolgen, an Individuen erinnern

- Infokästen der Gedenkstätte auswerten
- vorbereitete Informationen referieren (Kontext: Deportation usw.)
- individuelle Biographien vortragen, Namen auf der Gedenkwand suchen
- Biographie / Texte von Inge Auerbacher als exemplarischer Zugang
- Fahrt und Ziel thematisieren
- Rolle der Mehrheitsbevölkerung, besonders ihre Vorteile durch die Deportation thematisieren

2.2 Schülerprojekt „Denkmal erfahren“

(Fabian Brenker, Thomas Leittermann, Steffen Semmler)

Geschichtlicher Hintergrund

Von 1876 bis zum 9. November 1938 stand in der König-Karl-Straße in Stuttgart-Bad Cannstatt die Synagoge der jüdischen Gemeinde. In der Nacht zum 9. November 1938, der Reichspogromnacht, wurde auch die Cannstatter Synagoge, wie fast alle anderen Synagogen im Land in Brand gesetzt und völlig zerstört. Aufgrund der hölzernen Bauweise der Synagoge, die aus ihrer ursprünglichen Nutzung als Reitstall resultierte, blieb von ihr nach dem Brand nur verbranntes Holz und ein Steinfundament übrig. Nach dem Krieg wurde der Platz der Cannstatter Synagoge zu einem Parkplatz umgestaltet und als solcher genutzt.

Gestaltungsversuche der 1960er und 1980er Jahre

Das Erinnern an die jüdischen Cannstatter und ihre Synagoge begann im Juli 1961 mit der Errichtung eines Gedenksteins durch die Stadt Stuttgart: 16 Jahre nach Kriegsende wurde der leere ehemalige Synagogenplatz als „Wunde“ im Cannstatter Stadtbild empfunden. Ein bewusst „schlichter Gedenkstein“ von zwei Metern Höhe und einer Bronzetafel sollten an der König-Karl-Straße daran erinnern, „dass jene Vergangenheit keine Zukunft bekommt“. Am neu gestalteten Ort fanden in den darauffolgenden Jahren auch Gedenkfeiern an die Pogromnacht von 1938 statt (u.a. 1963). Im April 1987 ließ bleibendes Unbehagen über den Zustand des Platzes den „Verein zur Förderung 'Pflanzt einen Baum in Stuttgart' e.V.“ aktiv werden: Der Gedenkstein wurde vom Rand zur Mitte des Grundstücks versetzt und mit sieben Säulenhainbuchen umgeben. Die Erinnerung an den „authentischen Ort“, an den historischen Standort der Synagoge, ging aber immer mehr verloren.

Die Entstehung des Projekts

Bei dem seit 1996 jährlich stattfindenden „Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus“ sind besonders die Schulen dazu aufgerufen, neuartige Formen des Erinnerns zu entwickeln. Aus diesem Anlass gab es am Albertus-Magnus-Gymnasium in Stuttgart-Sommerrain im Januar 2001 einen Workshop des Stuttgarter Künstlers Michael Deiml, der außerdem von zwei Lehrern, Matthias Lutzeyer und Alfred Hagemann, betreut wurde. Er trug den Namen „Denkmal, Mahnmal, Erinnerung“. Im Mittelpunkt des Workshops stand ein Wettbewerb mit dem, damals noch fiktiven, künstlerischen Auftrag für den „Gedenkort ehemalige Syn-

agoge Bad Cannstatt“. Es sollten Mittel und Wege gefunden werden, um die Erinnerung an die ehemalige Synagoge aufrecht zu halten. Gleichzeitig sollte das neue Mahnmal als Zeichen für Toleranz und den Umgang mit Minderheiten stehen. Daraufhin bildeten sich fünf Gruppen, die nun mehrere Monate Zeit hatten ihre Modelle zu entwerfen, bevor Ende Juni 2001 eine Jury die Arbeiten prämierte. Den ersten Preis erhielt die Arbeitsgruppe von Sebastian Rupf, Andy Hartono und Nathalie Huber: „Denkmal *erfahren*“.

Schon bald darauf wurden die Gewinner in die Öffentlichkeit geladen und sie präsentierten ihren Entwurf unter anderem vor dem Bezirksbeirat Bad Cannstatt und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs. Aufgrund der guten Resonanz seitens der Öffentlichkeit machten sich die Verantwortlichen auf, Geld zu sammeln um das Projekt zu realisieren. 20 000 Euro wurden als Gesamtsumme veranschlagt. Als seitens der Behörden die Genehmigungen vorlagen und die Gelder gesichert waren - der Stuttgarter Fonds „Zukunft der Jugend“, der Bezirksbeirat Cannstatt, die Landeszentrale für politische Bildung und der Elternbeirat des Albertus-Magnus-Gymnasiums (AMG) leisteten hier tatkräftige Hilfe, setzten Schüler des AMG zusammen mit der gemeinnützigen Gesellschaft für Schulung und berufliche Reintegration (SBR) das Modell in die Realität um.

Sie gestalteten den Parkplatz in ein „er-fahrbares“ Mahnmal um, das auf die aktuelle Nutzung als Parkplatz anspielt sowie auf die Synagoge und auf bekannte Cannstatter Juden, von denen einige auch Opfer des Dritten Reiches waren, hinweist. Es soll die Menschen sensibilisieren und sie zum Nachdenken anregen. Zum pädagogischen Begleitprogramm gehörte auch ein Besuch der Projektgruppe in der Gedenkstätte Dachau.

Eingeweiht wurde das Mahnmal am 9. November 2004 von Innenminister Heribert Rech, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster und Barbara Traub als Sprecherin der Gemeinderepräsentanz. Die Israelitische Religionsgemeinschaft verlegte aus diesem Anlass sogar ihre jährliche Gedenkfeier zur Reichspogromnacht nach Bad Cannstatt.

Das Konzept

In der Begründung der Jury heißt es: „Die Arbeit ist als spannungsvolles Pendant zum alten Denkmal konzipiert worden. Aus beiden Elementen entsteht ein begehbares Gesamtkunstwerk und es werden dadurch

zwei Phasen des Umgangs mit Erinnerung und Gedenken nachvollziehbar. Der Umraum des Gedenksteins, der eigentliche Standort der Cannstatter Synagoge, der zurzeit als Parkplatz dient, wird einbezogen. Auf spielerische Art werden Verkehrszeichen in Teile eines Denkmals verwandelt. Der Betrachter wird als Autofahrer, der das Denkmal in doppeltem Sinne „er-fährt“, einbezogen. An den Grenzen der Parkbuchten sorgen *verfremdete Schilder, angebrannte Holzbalken und Ziegelsteinbrocken* für Irritationen. Die Materialien thematisieren gleichzeitig den Brand der ehemaligen Synagoge (Pogromnacht 1938) und die jetzige „Zweck-Entfremdung“ des Standortes. Der auf die Asphaltdecke aufgetragene *ziegelrote Grundriss der Synagoge* unterstützt dieses Anliegen und betont zudem die fast vergessenen historischen Gegebenheiten, den tatsächlichen Standort des Cannstatter Synagogengebäudes im Zeitraum 1876-1938. Eine weitere Konkretisierung und Individualisierung des Erinnerns geschieht durch die Installation von *zehn Metalltafeln mit Biographien jüdischer Cannstatter* auf den Fensterrahmen des Treppenhauses des sich unter dem Parkplatz befindlichen Zivilschutzraumes. Durch den Betrachter, der das Denkmal bzw. den Parkplatz wieder verlässt, werden die Handlungsimpulse in die Stadt hineingetragen. Das Denkmal hat vor allem innovative Qualität; es verwendet zeitgenössische Gestaltungsmittel und ist weiter entwickelbar.“

Ausblick

Inzwischen wird das Mahnmal vom Albertus-Magnus-Gymnasium im Rahmen des SMV-Konzepts „Soziales AMG - Schüler aktiv für ihre Schule“ gepflegt. Eine Informationstafel, die aus Kostengründen zunächst nicht verwirklicht werden konnte, ist in Planung und wird voraussichtlich im November 2008 installiert. Die *Stolperstein*-Initiative Bad Cannstatt versteht sich außerdem als „sinnvolle Erweiterung und Fortführung des Projekts 'Denkmal erfahren'“. ¹

Literatur

Schulprojekt

Patrick G. Boneberg: Denkmal *erfahren* - Erinnerung durch Irritation, Schülerinnen und Schüler gestalten den Platz der ehemaligen Synagoge Bad Cannstatt neu. In: Magazin Schule, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, 15/2005, S. 40-41.

Jüdisches Leben in Bad Cannstatt

Rachel Dror, Alfred Hagemann, Joachim Hahn (Hg.): Jüdisches Leben in Stuttgart-Bad Cannstatt. Essen 2006.

Internet

http://www.alemannia-judaica.de/cannstatt_synagoge.htm

<http://www.amgs.de>

Weitere Informationen: siehe Kapitel 4 (Lernorte).



M 22 Die Synagoge in Stuttgart-Bad Cannstatt (1876-1938).



M 23 Vorbereitungen für die Installation der Holzbalken. Jugendliche packen gemeinsam an.

¹ www.stolpersteine-stuttgart.de



M 24 Gestaltungsversuche unterschiedlicher Epochen: Gedenkstein, Baumgruppe und verfremdete Verkehrsschilder.



M 25 Das zu einem Fragezeichen umgestaltete „P“ des Parkplatzschildes.

Beurteilungskriterien für Mahnmale - allgemein

- Inwiefern „stört“ oder „proviziert“ dieses Mahnmal?
- Inwiefern wirkt es in die Öffentlichkeit hinein?
- Unterstützen Form und Materialien die Aussageabsicht? Oder lenken sie ab, lenken den Blick auf weniger Wichtiges, z.B. auf handwerklich Perfektes, angenehm Anzusehendes?
- Wird deutlich, für wen das Mahnmal „Partei ergreift“?
- Inwiefern verleiht es dem Individuum eine Stimme, den einzelnen Menschen, die sich selbst nicht mehr einmischen können?
- Werden die Opfer mit Respekt, Takt und der angemessenen Distanz behandelt?

Elemente des Projekts „Denkmal erfahren“

- verfremdete Verkehrsschilder
- angekohlte Holzbalken
- Reste von Mauerwerk
- Synagogengrundriss
- 10 biographische Tafeln

2.3 Die *Stolperstein*-Initiativen¹

(Alfred Hagemann)

Die *Stolpersteine* sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig, das nach eigenen Worten „die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält“.²

Ausgangspunkt ist für den Kölner Künstler das Individuum und sein Name: „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, so Demnig. Durch den von Gunter Demnig entwickelten *Stolperstein*, einen 10 x 10 cm großen Betonquader mit einer an seiner Oberseite befestigten Messingtafel, bekommt das individuelle Erinnern eine künstlerische Form. Name, Geburtsjahrgang, das Jahr der Deportation und der Ort des gewaltsamen Todes skizzieren die Schicksale der NS-Opfer. Diese *Stolpersteine* werden unmittelbar vor den ehemaligen Wohnungen oder Häusern der Opfer in den Gehweg eingelassen, sie sind „Kunst im öffentlichen Raum“. Die oft verdrängte oder vergessene Geschichte von Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung kehrt auf diese Weise in den Alltag zurück und bleibt in ihm präsent: vor der eigenen Tür, in der Nachbarschaft oder im Stadtviertel. Im übertragenen Sinne lässt er die Passanten „stolpern“: Der Quader irritiert schon durch seinen metallischen Glanz inmitten der einheitlich grauen Gehwegplatten. Um seine verstörenden Angaben zu lesen, muss man den Kopf senken, sich verbeugen.

Bis zum Frühherbst 2007 verlegte Gunter Demnig rund 12 500 Steine in 277 Ortschaften.³ Demnig erträumt sich seine *Stolpersteine* „als ein großes, dezentrales Mahnmal, das sich als begehbare Skulptur in ganz Europa wieder zusammenfügt.“⁴

Der Künstler und seine Projekte

Gunter Demnig ist vor allem mit Arbeiten im öffentlichen Raum bekannt geworden. 1947 ist er in Berlin geboren. Nach dem Abitur studierte er Kunstpädagogik, Industrial Design und Freie Kunst in Berlin und Kassel. Demnig war zunächst in der Denkmalsanierung und anschließend als künstlerisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Kunst der Universität Kassel tätig. 1985 verlegte er sein Atelier nach Köln und engagierte sich in verschiedenen Projekten.

1990 markierte Demnig mit einer Kreidespur quer durch Köln den Weg, auf dem 1940 Gestapo und SS die Sinti und Roma zum Abtransport in die Vernichtungslager getrieben hatten. Den Text „1940 - 1000 Sinti und

Roma“ fixierte er 1993 an 21 Stellen auf Metallplatten im Straßenbelag. Aus diesem Jahr stammt auch sein Entwurf für sein *Stolperstein*-Projekt. 1997 erfolgte eine erste Verlegung in Berlin-Kreuzberg - zunächst ohne, später mit Genehmigung. Seit dem Jahr 2000 verlegt Demnig *Stolpersteine* in ganz Deutschland, mittlerweile auch in anderen europäischen Ländern, wie z.B. Österreich und Ungarn.

Kritische Stimmen beklagen die Möglichkeit, dass die Symbolik der *Stolpersteine* missbraucht und die Opfer in übertragenem Sinne wiederum „mit Füßen getreten werden“. Die tatsächliche Wirkung verlegter *Stolpersteine* hat aber auch viele vorher ablehnend eingestellte Angehörige zu einem Umdenkprozess bewegen können.

Demnig wurde 2005 für sein *Stolperstein*-Projekt mit dem „Obermayer German Jewish Award“ und dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. 2006 wurde er zum zweiten „alternativen Ehrenbürger“⁵ Kölns ernannt. 2007 erhielt er den Giesberts-Lewin-Preis der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Organisation

Für Gunter Demnig ist es wichtig, dass seine *Stolpersteine* „ein Denkmal von unten“ sind, der Impuls für die Verlegung seiner Mini-Mahnmale aus der Bevölkerung kommt.⁶ Tatsächlich haben sich, durch Demnigs Idee angeregt, viele Menschen aus bürgerschaftlichem Engagement heraus an die Sicherung der Spuren der NS-Zeit, an die Befragung von Zeitzeugen und die Recherchearbeit in den Archiven gemacht. Stadtteilinitiativen, Geschichtswerkstätten und Schulprojekte sind entstanden. Patenschaften wurden übernommen, Spenden gesammelt. Auf diese Weise ist seit dem Ende der 1990er Jahre „eine Graswurzelbewegung ohne feste Struktur, doch mit enormer Dynamik“⁷, entstanden, ein Netzwerk mit eigenen Wissens- und Geldquellen, mit vielfältigen Aktionen und einer effektiven Öffent-

¹Jürgen Raap: Gunter Demnig: Dezentrales Mahnmal. In: Kunstforum International, Bd. 181 (2006), S. 229-235.

²<http://www.stolpersteine.com>, 2.12.2007.

³<http://www.stolpersteine.com>, 2.12.2007.

⁴Raap, S. 234.

⁵Kölner Stadtanzeiger, 17.8.2006.

⁶http://kriegsende.ard.de/pages_std_lib/0,3275,OID1341042,00.html

⁷Andreas Langen: Gunter Demnigs *Stolperstein*-Projekt. In: Harald Stinge und Die AnStifter (Hg.): Stuttgarter *Stolpersteine*. Spuren vergessener Nachbarn, ein Kunstprojekt füllt Gedächtnislücken, Filderstadt 2006, S. 17.

lichkeitsarbeit, das selbstbewusst an die Seite der bisher allein zuständigen „Profis“ und staatlichen Institutionen getreten ist. Das große Interesse an *Stolperstein*-Verlegungen bringt die Notwendigkeit lokaler Absprachen und Bündelungen mit sich. Auf Bundesebene koordiniert Uta Franke von Köln aus das Projekt.⁸

Kosten

Ein *Stolperstein* kostet 95 Euro.

Stolpersteine in Baden-Württemberg

In 17 Städten Baden-Württembergs gibt es *Stolperstein*-Initiativen: Bretten, Eichstetten, Eislingen, Freiburg, Göppingen, Heidenheim/Brenz, Karlsruhe, Kenzingen, Kirchheim u. Teck, Konstanz, Lahr, Mannheim, Offenburg, Ravensburg, Stockach, Stuttgart (mit den Stadtteilen Stuttgart-Mitte, -Nord, -Süd, -Ost, -West, -Bad Cannstatt, -Botnang, -Feuerbach, -Sillenbuch, -Stammheim, -Vaihingen, -Zuffenhausen, Fildervororte, Neckarvororte), Weingarten, Weinheim.⁹

Ausblick

Die Recherchen der *Stolperstein*-Initiativen haben nicht nur gesicherte Basisinformationen über einzelne NS-Opfer erbracht, sondern auch eine erstaunliche Fülle biographischer Details, vor allem auch über die „kleinen Leute“, über die - wie oft beklagt - nur wenig oder nichts bekannt war. Daraus entstehen nach und nach, begleitend zur den *Stolperstein*-Verlegungen, biographische Sammelbände.¹⁰ Vereinzelt sind auch Nachlässe oder Gegenstände des jüdischen Lebens gefunden worden. Inwiefern sich daraus in kürzerer Frist Nachfolgeprojekte (z.B. Ausstellungen) ergeben, bleibt abzuwarten. Ihr Talent, an ehrenamtlichen Netzwerken mitzubauen und sich für „benachbarte“ Projekte als Katalysator, Impulsgeber oder Unterstützer zu engagieren, haben die *Stolperstein*-Initiativen in der Vergangenheit bereits vielfältig unter Beweis gestellt. Eine weitere Frage ist, wie sich die Zusammenarbeit der „alten“ und „neuen“, der staatlichen und bürgerschaftlichen Institutionen in Zukunft gestalten wird.

Literatur

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hg.): *Stolpersteine*. Gunter Demnig und sein Projekt, Köln 2007.

Internet

<http://www.stolpersteine.com>
<http://www.stolpersteine-stuttgart.de>



M 27 Gunter Demnig beim Verlegen eines Stolpersteins auf dem Cannstatter Wilhelmsplatz (2006).



M 28 Der Stolperstein für den Zahnarzt Dr. Ernst Reichenberger, Jahrgang 1879. Seine Lebensmitte bildete das Haus König-Karl-Straße 24, Stuttgart-Bad Cannstatt. Seine Spur verliert sich im April 1943 in Auschwitz.

⁸ Uta Franke, Koordinatorin, Mathiasstraße 17-19, 50676 Köln, Tel.: 0221/240 75 28, uta.franke@stolpersteine.com

⁹ <http://www.stolpersteine.com>, 2.12.2007.

¹⁰ Harald Stingeles und Die AnStifter (Hg.): *Stuttgarter Stolpersteine. Spuren vergessener Nachbarn, ein Kunstprojekt füllt Gedächtnislücken*, Markstein Verlag, Filderstadt 2006.

3. Zeitgenössische Mahnmale aus künstlerischer Sicht

(Matthias Lutzeyer)

Welchen Beitrag kann die bildende Kunst leisten, um angemessen an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern? Gibt es einprägsame Merkmale oder gar Kriterien für die Beurteilung zeitgenössischer Mahnmale? - Den Bezugspunkt für diese neueren Diskussionen bildet vor allem der Berliner Wettbewerb für ein „Mahnmal für die ermordeten Juden Europas“ mit seinen beiden Auswahlverfahren in den Jahren 1994/95, 1997/98. Neuere Überlegungen sollen in gebotener Kürze aufgegriffen und auf die drei Stuttgarter Mahnmalinitiativen bezogen werden, die seit dem Jahr 2000 entstanden sind.

Irritierende Kunst im öffentlichen Raum

Mahnmale sind zunächst einmal Bauwerke, die für die Öffentlichkeit geschaffen wurden und auch dort ihre Wirkung entfalten sollen. In Abgrenzung zu Entwürfen, die das Gedenken an die ermordeten jüdischen Bürger „ruhigstellen“ oder gar „zudecken“ - Michael Deiml¹ und andere werden nicht müde, auf derartige Fehlentwicklungen in den Mahnmal-Wettbewerben der vergangenen fünfzehn Jahre hinzuweisen - zeichnen sich aktuelle Projekte durch ihre provokative Gestaltung und Wirkung aus: „Jedes gute Mahnmal“, so Gunter Demnig, „stört, sofern es überhaupt seinem Zweck nachkommt.“ Demnig setzt deshalb bei seinen *Stolpersteinen* auf „die Irritation des Ungewohnten“². Die Neugestaltung des ehemaligen Cannstatter Synagogenplatzes setzt bei der aktuellen Nutzung als Parkplatz an und sorgt durch verfremdete Verkehrsschilder für Provokation. Die Auflage der Behörden, dass die künstlerisch verfremdeten Parkplatzschilder sich farblich von den Originalen unterscheiden müssen (um die Autofahrer nicht zu sehr zu irritieren!), spricht für sich.

Zeichen an authentischen Orten

Eine wichtige Dimension der neueren Stuttgarter Mahnmale ist das Markieren und Sichtbarmachen der historischen Orte, eine Spurensicherung mit künstlerischen Mitteln. Dies war auch ein leitender Gedanke bei den Entwürfen für den Stuttgarter Nordbahnhof. Hier wurde die Möglichkeit genutzt, die „Industriebrache des Inneren Nordbahnhofs als authentischen Ort nationalsozialistischer Vernichtungspolitik sichtbar zu machen“³. Die letzten greifbaren Überreste (Schienen, Schwellen und Prellböcke) wurden unverändert mit einbezogen. Um einen auffälligen Kontrast zu erzeugen, erfolgte die Ausführung von neuen Elementen in hellem Beton. Im Kleinen sollen auch die

Stolpersteine dafür sorgen, dass die Erinnerung an Orte mitten im Alltagsleben, in Nachbarschaften, zurückkehrt, an denen der nationalsozialistische Terror begann: „Auschwitz war der Endpunkt, aber hier, bei der Abholung aus der Wohnung, hat das Grauen begonnen.“⁴ In Cannstatt wurde durch historische Baupläne der Standort der ehemaligen Synagoge rekonstruiert und durch eine rote Linie auf dem Asphalt des Parkplatzes sichtbar gemacht. Das bürgerschaftliche Engagement der Stolpersteininitiativen hat vielfältige Rechercheergebnisse hervorgebracht und authentische Orte der Stadtviertel und Nachbarschaften neu erschlossen, von denen aus die Verfolgung des NS-Regimes ihren Anfang nahm.

Individuelles Erinnern

Im Unterschied zu Gedenkformen der 1960er Jahre, die (wie es an den Gedenksteinen in Cannstatt oder auf dem Killesberg abgelesen werden kann) auf allgemeine Formeln und stark ritualisiertes Gedenken setzten, kommt bei den hier vorgestellten, nach dem Jahr 2000 entstandenen Projekten dem individuellen Erinnern eine zentrale Bedeutung zu. Ein *Stolperstein* ist zwar „nur ein ganz kleines Symbol“, setzt aber dennoch „ein Zeichen für ein individuelles Schicksal mit dem Namen des Menschen und seiner Geschichte.“⁵ Die Gedenkstätte Nordbahnhof verzeichnet „die bislang bekannten ca. 2250 Namen“⁶, das Synagogenprojekt wählt exemplarisch zehn Metalltafeln mit Biographien jüdischer Cannstatter. Ein ergänzender Gedanke: Paul Petzel warnt bei Gedenkprojekten vor einer taktlosen „Anbiederung an die Opfer“ und fordert deshalb, „Widerstände und Distanzen [...] aus Gründen des Respekts vor den Betroffenen in ein entsprechendes Konzept 'einzubauen'“.⁷

¹Michael Deiml: *Installationen und Projekte (1984-2000)*, Stuttgart 2000.

²Jürgen Raap: Gunter Demnig: *Dezentrales Mahnmal*. In: *Kunstforum International*, Bd. 181 (2006), S. 233.

³*Zeichen der Erinnerung - Gedenkstätte im Stuttgarter Nordbahnhof. Hintergrund, Werdegang, Realisierung*, Stuttgart 2006, S. 32.

⁴Raap, S. 233.

⁵Raap, S. 233.

⁶*Zeichen der Erinnerung*, S. 34.

⁷Paul Petzel: *Kriterien zur Ästhetik von Mahnmalen*. In: Constanze Kircher, Paul Petzel (Hg.): *Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Kunst + Unterricht, Pädagogische Zeitschrift bei Friedrich in Velber in Zusammenarbeit mit Klett*, Heft 316 (2007), S. 27.



M 29 Gedenkstätte Nordbahnhof

Unterschiedliche künstlerische Herangehensweisen

Doch wie soll die Aufgabe des Erinnerns künstlerisch bewältigt werden? Als problematisch erweist sich bei Mahnmalen der „*ikonische* Bezug“⁸, die Verwendung von Bildmotiven, die „Ausschnitte der historischen Ereignisse zeigen“. Alternativ kann ein „*symbolischer* Bezug“ gewählt werden. Beide Darstellungsweisen laufen nach Constanze Kirchner aber Gefahr, „durch ihre einfache Decodierbarkeit wenig Wirkung zu entfalten“. In „*emotional[en]* oder *intellektuell-assoziativ[en]* Bezüg[en]“⁹ sieht Kirchner einen dritten möglichen Ansatz. Der Betrachter werde dadurch aktiv an der Sinnkonstitution beteiligt, es ergebe sich ein Dialog mit dem Mahnmal. Die künstlerische Gestaltung zielt dabei letztlich auf Störungen und Verunsicherungen.

Fragen statt Antworten

Der Kunst kommt insofern die Aufgabe zu, „Zeichen zu setzen“¹⁰ und Fragen aufzuwerfen. Dazu gehört es auch, dass das Kunstwerk sich selbst in Frage stellt. In Cannstatt wird dieser Aspekt durch das zu einem Fragezeichen umgestalteten „P“ des Parkplatzschildes beson-

ders anschaulich. Die für das Mahnmal gewählten Formen und Materialien dürfen sich außerdem nicht selbst genügen oder das Störende und Provozierende der Erinnerung überdecken. Tragfähige Antworten zu finden ist letztlich die Aufgabe der Betrachter. „Sie verstanden [...] automatisch die Botschaft der 'Stolpersteine': Solche Verbrechen dürfen nie wieder geschehen“, berichtet Gunter Demnig über Schülerreaktionen auf sein Mahnmalprojekt: „¹¹

Literatur

Constanze Kirchner, Paul Petzel (Hg.): Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Kunst + Unterricht, Velber-Verlag, Heft 316 (2007).

⁸ Constanze Kirchner: *Künstlerische Herangehensweisen*. In: *Denkmal für die ermordeten Juden Europas*, S. 5A.

⁹ Kirchner, S. 5A.

¹⁰ Raap, S. 235.

¹¹ Raap, S. 235.

4. Lernorte

(Alfred Hagemann)

Salomon Korn's vorsichtig formulierte Frage nach der Bedeutung „authentisch[er] Orte“¹ für die Kunst hat auch eine pädagogische Dimension: Der „authentische“ Ort kann in besonderer Weise zum Lernort werden - vor allem durch Exkursionen und Projekte. Trotz allem bleibt aber die Schule der primäre Lernort, von dem die Projekte ausgehen und an dem sie wieder enden.

Dies hat Konsequenzen für die nachfolgend skizzierten didaktischen Überlegungen: Über den Fachunterricht hinaus sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie an „authentischen Orten“ gelernt werden kann. Dabei geht es um Zugangsmöglichkeiten, die das Kognitive und Textgebundene um weitere Dimensionen ergänzen. Über Schulaktionen und -ideen hinaus werden außerschulische Angebote, beispielsweise aus der Jugendarbeit oder den Kirchengemeinden, berücksichtigt.

Der (Nord-)Bahnhof als „authentischer Ort“ lieferte die Idee zu einer Verbindung der Lernorte: Warum nicht zum Thema „Deportation“ eine *didaktische Reise* unternehmen - zu der auch eine Rundfahrt durch Stuttgart, von Lernort zu Lernort, gehören kann?

In letzter Konsequenz hat die „Stiftung Geißstraße“ diesen Ansatz mit ihrem Projekt „Zug nach Theresienstadt“² umgesetzt.

4.1 Schule

4.1.1 Quellenarbeit

(Quellenauswahl: Helmut Gabeli)

Die *didaktische Reise* beginnt mit soliden Reisevorbereitungen: Der Quellenarbeit. Der Stellenwert und die Zielrichtung der ausgewählten Texte (M 7 - M 9) werden in Kapitel 2.2 erläutert. Ein Überblick über alle in dieser Broschüre vorgelegten Quellen und Materialien findet sich in Kapitel 5.4. Für eine vertiefte Quellenarbeit sei eine Kooperation mit der Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs empfohlen (s. Kapitel 4.6). Zum Thema Deportation hat auch die „Stiftung Geißstraße“ Materialien veröffentlicht, die im Internet abgerufen werden können (s.u.).

Literaturhinweise

Baden-Württemberg

Sauer, Paul: *Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus*. In: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*, Bd. 4, Stuttgart 2003, S. 231-320.

Stuttgart

Stadtjugendring Stuttgart (Hg.): *Stadterkundungen auf den Spuren des Dritten Reichs in Stuttgart*. Stuttgart 2006.

Aspekt Deportation

<http://www.geissstrasse.de/projekte/materialien-workshop>

<http://www.geissstrasse.de/publikationen/deportation-1941-1945>

Ergänzender Aspekt: Verkauf jüdischen Eigentums, Arisierung

Berner, Hermann und Fifka, Werner (Hg.): *Das Bauhaus kam nach Mössingen. Geschichte, Architektur und Design der einstigen Textilfirma Pausa*, Mössingen 2006.

4.1.2 Kreative, projektartige Zugänge

Kreative Herangehensweisen oder Schulprojekte sind ein wichtiger Zugang zum Thema, je nach Schulform vielleicht sogar der einzig erfolgversprechende.

Schülerinnen und Schüler der Luiginslandschule haben beispielsweise ihre Auseinandersetzung mit dem Thema Deportation in einem „Trauertanz“ sichtbar gemacht, der zur Begrüßung des „Zuges der Erinnerung“ im Stuttgarter Hauptbahnhof aufgeführt wurde. Aus den Biographien der *Stolperstein*-Bücher wurden Dialoge entwickelt und Verse geschrieben. Die Schüler nahmen an *Stolperstein*-Verlegungen teil und sprachen mit Zeitzeugen.

Kontakt

Luiginslandschule

Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule

Anke Weichert

Margaretenstr. 71

70327 Stuttgart

Tel. 0711/337240

E-Mail: luginslandschule@stuttgart.de

Internet

<http://www.zug-der-erinnerung.eu/>

[http://www.fotogalerie-](http://www.fotogalerie-stuttgart.de/displayimage.php?album=217&pos=8)

[stuttgart.de/displayimage.php?album=217&pos=8](http://www.fotogalerie-stuttgart.de/displayimage.php?album=217&pos=8)

¹Zeichen der Erinnerung - Gedenkstätte im Stuttgarter Nordbahnhof. Hintergrund, Werdegang, Realisierung, Stuttgart 2006, S. 65.

²Zeichen der Erinnerung, S. 27. Erika Raidt: *An Gleis 8 beginnt die Fahrt in die eigene Vergangenheit. Zwei heute fast 70-Jährige haben den Holocaust überlebt und begegnen jungen Stuttgartern - der Enkelgeneration der Täter.* (Stuttgarter Zeitung, 12.9.2003)

4.2 Stuttgart-Bad Cannstatt

Eine Exkursion kann im eigenen Wohnort beginnen und in Stuttgart-Bad Cannstatt weitergeführt werden, wo Spuren jüdischen Lebens zu Fuß entdeckt werden können. Der Bahnhof Bad Cannstatt ist mit der S-Bahn vom Stuttgarter Hauptbahnhof aus in vier Minuten zu erreichen.

Es bietet sich ein Rundgang entlang der *Stolpersteine* an (u.a. Bahnhofstraße 4, Seelbergstraße 1, 7, 16, König-Karl-Straße 24, 66; Biographien referieren oder vorher erarbeiten lassen) mit anschließender Besichtigung des ehemaligen Synagogenplatzes (**M 22 - M 28** siehe Kap. 2.2). Etwas von dieser Route entfernt, in der Badergasse 6, liegen *Stolpersteine* für vier Sinti-Kinder. Zeitbedarf: ca. 90 Minuten. Der aktuelle Stand der *Stolperstein*-Verlegungen kann am besten direkt bei der Cannstatter Gruppe erfragt werden (s.u.).

Je nach Zielsetzung kann dieser Rundgang ausgebaut werden: Gemeindeeinrichtungen (z.B. die ehemalige Religionsschule), der Friedhof oder Firmengebäude ehemaliger jüdischer Firmen können besichtigt werden. Ein detaillierter Plan liegt dazu in der Broschüre „Jüdisches Leben in Bad Cannstatt“ vor.

Einzugsgebiet der ehemaligen jüdischen Gemeinde Cannstatt

Untertürkheim, Obertürkheim sowie die Bereiche um Waiblingen, zeitweilig auch Hanweiler bei Winnenden, Backnang, Nürtingen (auch Neuffen und Unterensingen).

Von den jüdischen Spuren bzw. den lokalen *Stolperstein*-Initiativen dieser Orte lässt sich also bei Projekten eine historische Verbindung zur ehemaligen Synagoge Cannstatt herstellen.

Nicht zur Gemeinde Cannstatt gehörten: Fellbach (gehörte zu Stuttgart) und die Region um Esslingen/Plochingen (gehörte zur Gemeinde Esslingen).

Adresse

Orientierung: König-Karl-Straße 49 (Parkplatz im Hintergelände)
70372 Stuttgart
(S 2, S 3: Haltestelle Bad Cannstatt,
U 1, U 2: Haltestelle Cannstatt Wilhelmsplatz)

Literaturhinweise

Jüdisches Leben in Cannstatt

Rachel Dror, Alfred Hagemann, Joachim Hahn (Hg.): Jüdisches Leben in Bad Cannstatt. Essen 2006.

Stolperstein-Initiativen in Stuttgart

Harald Stingle und Die AnStifter (Hg.): Stuttgarter *Stolpersteine*. Spuren vergessener Nachbarn, ein Kunstprojekt füllt Gedächtnislücken, Filderstadt 2006.

Cannstatt: Jüdische Biographien

Hannelore Marx: Stuttgart, Riga, New York: Mein jüdischer Lebensweg, Rexingen 2004.

Manuel Werner: Cannstatt - Neuffen - New York. das Schicksal einer jüdischen Familie in Württemberg, mit den Lebenserinnerungen von Walter Marx, Nürtingen / Frickenhausen 2005.

Internet/Kontakt

<http://www.stolpersteine-stuttgart.de/index.php?docid=173>

Anke Redies, E-Mail: anke.redies@t-online.de

4.3 Killesberg (Stuttgart)

4.3.1 Impulse und Informationen für den eigenen Unterricht

Vom Bahnhof Cannstatt aus lässt sich der Killesberg in ca. 20 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen (z.B. mit der U 7 ab Hauptbahnhof).

Das Ausstellungsgelände auf dem Killesberg spielte bei den Deportationen als Sammellager eine wichtige Rolle (s. Kap. 2.2). Dafür wurde die „Ehrenhalle“ (**M 10**) im Eingangsbereich genutzt (**M 11, 12**). Die „Ehrenhalle des Reichsnährstandes“ befand sich entlang der heutigen Stresemannstraße - wenn man vom Haupteingang, von der Kochenhofstraße hinunter in den Park geht, auf der rechten Seite. Die Halle wurde von Hermann Mattern (1902-1971) für die Reichsgartenschau 1939 gebaut. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie total zerstört, nur noch ein paar nicht zugängliche Fundamentreste haben sich erhalten.

Zum Transport nach Izbica wurden die Deportierten in der sogenannten „Ländlichen Gaststätte“ am anderen Ende des Killesbergparks zusammengetrieben. Die „Ländliche Gaststätte“ wurde vor zwei Jahren abgerissen, heute befindet sich dort eine Grasfläche.

Aktuell können nur noch die groben Umrisse des „authentischen Ortes“ nachvollzogen werden, zumindest was seine historischen Bauwerke angeht.

Den 1962 errichteten Gedenkstein erreicht man über diese Hauptachse, die vom Eingang zum Park führt. Auch die Gestaltung des Gedenksteins kann einer kritischen Prüfung unterzogen werden (Beurteilungskriterien: **M 26**).

4.3.2 Außerschulische Angebote

Die Gedenkfeier am 1. Dezember eines jeden Jahres zur Erinnerung an die Deportation jüdischer Bürgerinnen und Bürger wurde von der evangelischen Kirchengemeinde Stuttgart-Nord im Zusammenhang mit dem 50jährigen Gedenken an die Deportation jüdischer Bürgerinnen und Bürger (1991) initiiert und in Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart zur festen jährlichen Einrichtung gemacht.

An der Gedenkfeier beteiligen sich außerdem die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Seit dem Jahr 2000 wirken bei der Gedenkfeier auch Schülerinnen und Schüler mit. Weitere Schulklassen und Projektgruppen können sich anschließen und ihre Beiträge einbringen (Anmeldung, Koordination: s.u.). Die Feier findet am Jüdischen Ehrenmal im Killesberg-Park immer am 1. Dezember des Jahres statt (**M 13, 14, 26**).

Adresse

Am Kochenhof 16
70192 Stuttgart
(U 7: Haltestelle Killesberg)

Gedenkfeier: Informationen und Kontakt

PfarrerIn Monika Renninger,
Ev. Kirchengemeinde Stuttgart Nord,
Tel. 0711/259 79 84
E-mail: monika.renninger@evangelischenordgemeinde.de

Literaturhinweise

Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1988 [u.a. mit einer Karte vom Reichsgartenschaugelände, S. 268].

Matthias Ring: Schüler setzen sich mit dem Holocaust auseinander. Die Stadt erinnert auf dem Killesberg an die von Stuttgart deportierten und ermordeten Juden - Vier Schulen gestalten die Feier (Stuttgarter Zeitung online, 4.12.2007)

4.4 Innerer Nordbahnhof (Stuttgart)

4.4.1 Impulse und Informationen für den eigenen Unterricht

Vom Killesberg aus ist der Innere Nordbahnhof auf dem „authentischen Weg“ in ca. 25 Minuten Fußweg zu erreichen (**M 19, 20**).

Die Erinnerungen von Inge Auerbacher, die als Kind deportiert wurde, bieten sich zur Vorbereitung an. Ein weiterer Aspekt: Der Deportationszug bzw. Waggon waren bereits ein Konzentrationslager „im Kleinen“ (darauf weist der in Yad Vashem tätige Historiker Dr. Gideon Greif in seinen Vorträgen immer wieder hin): drangvolle Enge, Kälte, Verlust der Intimität, Hunger, Seuchengefahr, das Nebeneinander von Leben und Sterben existierten bereits hier.

Ergänzend zur historischen Dimension des Gedenkortes sollte auch seine ästhetische einbezogen werden (**M 15-18, 21**, s. auch **M 26**).

Öffnungszeiten

Täglich von 8.00-17.00 Uhr, je nach Jahreszeit auch verlängerte Öffnungszeiten (genaue Informationen: <http://www.zde-stuttgart.de/>)

Adresse

Otto-Umfrid-Straße, 70191 Stuttgart
(U 15, Haltestelle: Mitnachtstraße)

Internet

<http://www.zde-stuttgart.de>
<http://www.zeichen-der-erinnerung.info>

Historische Informationen über die Deportationen

<http://www.geissstrasse.de/projekte/materialien-workshop>
<http://www.geissstrasse.de/publikationen/deportation-1941-1945>

Wettbewerb/alternative Entwürfe

<http://www.geissstrasse.de/projekte/projekt-zeichen-der-erinnerung>
<http://www.tu-cottbus.de/insl/index.php?id=464>
http://www.beton.org/sixcms_4/sixcms/detail.php?object_id=12&area_id=2771&id=315669

Literaturhinweise

Mahnmal Nordbahnhof

„Zeichen der Erinnerung“ - Gedenkstätte im Stuttgarter Nordbahnhof. Hintergrund, Werdegang, Realisierung, Stuttgart 2006

Jugendbuch/Roman

Inge Auerbacher: Ich bin ein Stern. Weinheim/Basel 1992.

4.4.2 Außerschulische Angebote

Projekt „Lernort-Gedenkstätte“ (Michael Thoß)

Das Ausmaß der Verbrechen, die in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden, ist für Kinder und Jugendliche nur schwer zu begreifen. Dies gilt besonders, wenn kein regionaler Bezug zu erkennen ist und sich die Vermittlung der Ereignisse auf die reine Fakten- und Zahlenebene beschränkt. Vielen Jugendlichen fehlt zudem der persönliche Zugang zu dieser Zeit. Zum einen wird die Zahl der Zeitzeugen, die die Erinnerung wachhalten, immer geringer, zum anderen wächst die Gruppe der Jugendlichen, deren Familien erst nach 1945 nach Deutschland eingewandert sind. Deshalb bedarf es zielgruppenorientierter Bildungsangebote, die jungen Menschen einen altersgerechten Zugang zum Thema ermöglichen.

Das Projekt Lernort-Gedenkstätte bietet eine historische Führung zur *Deportation der Juden aus Stuttgart* an, die am Killesberg beginnt und zur Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ führt. Am Beispiel ausge-

wählter Einzelschicksale bekommen die Jugendlichen ein genaues Bild davon, wie die Deportationen organisiert waren und was dies für die Opfer bedeutete. Der Rundgang ist so aufgebaut, dass die Teilnehmer an den einzelnen Stationen mit je einem der folgenden Themenschwerpunkte vertraut gemacht werden:

- gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen
- Maßnahmen zur Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung
- Ablauf der Deportationen
- Einzelschicksale
- Reaktionen der Mehrheitsbevölkerung
- Gedenken und Aufarbeitung

Unsere Führungen werden jeweils von zwei Personen durchgeführt. Sie orientieren sich am Vorwissen und dem besonderen Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und sind damit auch für Gruppen mit geringen Vorkenntnissen geeignet. Auf der gesamten Strecke vom Killesberg hinunter zur Gedenkstätte ergeben sich viele Möglichkeiten für Gespräche und Diskussionen, die die Jugendlichen zum Nachdenken anregen und weiterführendes Interesse wecken. Die regionale Verortung und der biografische Ansatz machen die komplexen Ereignisse für Jugendliche greifbar. Aus der Masse der Opfer werden Einzelschicksale sichtbar und die Möglichkeit eröffnet, sich in die Situation der Verfolgten hineinzuversetzen.

Dauer, Kosten, Zielgruppe

Dauer: ca. 2 Stunden
Kosten: 2 Euro pro Person
Zielgruppe: Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 8-10 aus Förder-, Haupt- und Realschulen sowie der offenen Jugendarbeit

Kontakt und Buchung

Projektbüro Lernort-Gedenkstätte
Hohe Straße 9, 70174 Stuttgart
Tel.: ++49 711 9978598
Fax: ++49 711 90713955
kontakt@lernort-gedenkstaette.de

Internet

<http://www.lernort-gedenkstaette.de>
<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de/index.php?site=pp20070306153638&lpde&lp2=en>

4.5 Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Stuttgart)

Zur Vertiefung kann die Dauerausstellung des Hauses der Geschichte unter dem Schwerpunkt „Deportation“ besucht werden. Die Fahrzeit von der Gedenkstätte Nordbahnhof zum Charlottenplatz (U 15) beträgt acht Minuten.

Adresse

Haus der Geschichte Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 16
70173 Stuttgart
(U: Haltestelle Charlottenplatz oder Staatsgalerie)

Kontakt

Telefonzentrale 0711/212 39 50

Öffnungszeiten

Täglich (außer montags) von 10.00 - 18.00 Uhr,
donnerstags von 10.00 - 21.00 Uhr

Internet

<http://www.hdgbw.de>

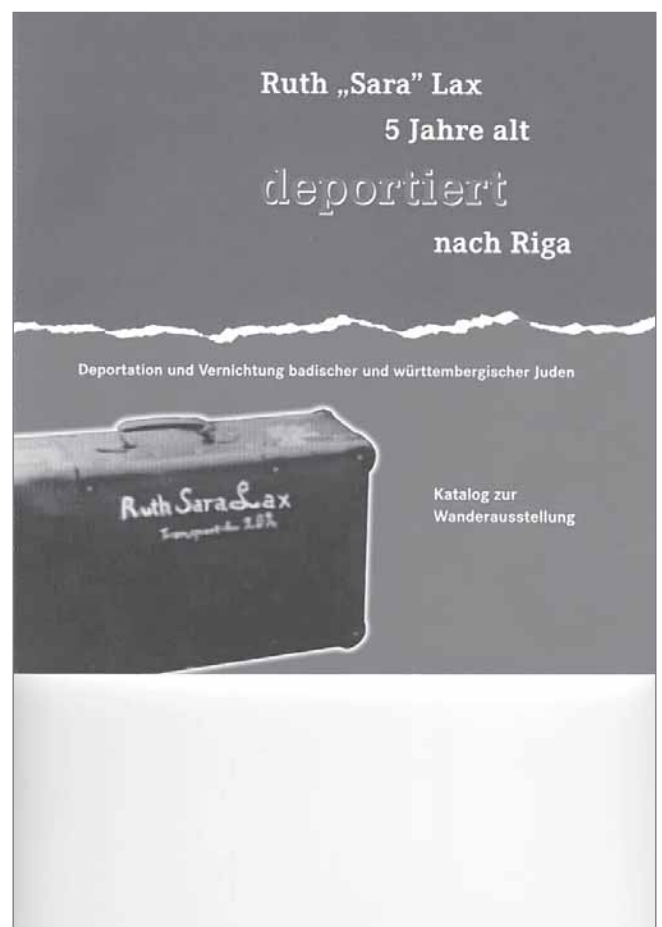
4.6 Bundesarchiv (Außenstelle Ludwigsburg)

Vom Stuttgarter Hauptbahnhof aus gelangt man mit öffentlichen Verkehrsmitteln in einer halben Stunde bis vor die Tür der Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs - zur möglichen letzten Station einer *didaktischen Reise*.

Die Ludwigsburger Außenstelle des Bundesarchivs übernimmt die nicht mehr zum Zwecke der Strafverfolgung benötigten Unterlagen der Zentralen Stelle und macht sie für die Benutzung zugänglich. Das Bundesarchiv lädt die Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Geschichte, Gemeinschaftskunde, Politik, Religion und Ethik mit ihren Schulklassen und Kursen zum Besuch dieses besonderen außerschulischen Lernorts ein.

Schülerinnen und Schüler lernen hier durch die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Unrechts- und Terrorherrschaft an ausgewählten Beispielen die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstehen. Im Mittelpunkt steht die schülerorientierte Arbeit mit authentischem Archivgut, pädagogisch-didaktisch professionell vorbereitet und begleitet.

Eine breit gefächerte Auswahl an Themen bietet Lehrern und Lehrerinnen vielfältige Anknüpfungspunkte, den Besuch des außerschulischen Lernortes wirkungsvoll in ihre eigene Unterrichtsgestaltung zu integrieren. Die Inhalte sind multiperspektivisch konzipiert und weisen dadurch vielfältige Fächer- und Bildungsplanbezüge auf. Hier könnten GFS, Facharbeiten und Seminarkursarbeiten entstehen. Die pädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler stärkt neben der Fach- auch die Methoden-, Sozial- sowie die Personalkompetenz. Die Wanderausstellung "Ruth 'Sarah' Lax" über die Deportation und Vernichtung badischer und württembergischer Juden steht dafür ebenfalls zur Verfügung und kann für eine Präsentation in der eigenen Schule angefordert werden (siehe Adresse Seite 48).



Titel: Staatsarchiv Ludwigsburg / Katharina Schmidt, Kirchheim u. T.

In unmittelbarer Nachbarschaft, im Schorndorfer Torhaus, präsentiert das Bundesarchiv zudem die Ausstellung „Die Ermittler von Ludwigsburg“. Im Mittelpunkt steht die Tätigkeit der 1958 in Ludwigsburg eingerichteten Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, einer auch international bekannten Behörde, welche für die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz eine herausragende Bedeutung hat. Dokumente, eine Falldokumentation sowie ein auf einem gläsernen Boden begehbare, nachempfundener Arbeitsplatz der „Ermittler von Ludwigsburg“ verdeutlichen nicht nur den besonderen Charakter der den menschlichen Daseinswert, Rechtsnormen und Moralvorstellungen verneinenden NS-Verbrechen. Sie stellen auch die Herausforderungen dar, den beispiellosen Zivilisationsbruch und Staatsterrorismus im Einklang mit den Prinzipien und Verfahrensweisen unseres Rechtsstaates aufzuarbeiten.

Adresse

Bundesarchiv
Außenstelle Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 58
71638 Ludwigsburg
(Bus 425, 433 ab Ludwigsburg ZOB, Haltestelle Schorndorfer Tor)

Kontakt

Interessierte Lehrerinnen und Lehrer wenden sich bitte an folgende Ansprechpartner:

- Dr. Tobias Herrmann, Leiter der Ludwigsburger Außenstelle des Bundesarchivs
 - Bernd Kreß, Studiendirektor und archivpädagogischer Mitarbeiter
- Tel.: 07141 / 899214
Email: ludwigsburg@barch.bund.de

Öffnungszeiten

Benutzersaal: Mo-Do 8-16 Uhr, Fr 8-14 Uhr;
Ausstellung im Torhaus: Mo-Do 8-17 Uhr,
Fr 8-14 Uhr

Internet

http://www.bundesarchiv.de/aufgaben_organisation/abteilungen/zentralstelle/index.html

Literaturhinweis

Frank Rodenhausen: Authentischer Zugang zur Geschichte der Naziverbrechen. Zwei neunte Klassen der Murrhardter Walterichschule besuchen das Bundesarchiv in Ludwigsburg - ein Anstoß zum Nachdenken (Stuttgarter Zeitung, 25.1.2007)

5. Anhang

5.1 Gedenkorte und Gedenkinitiativen

Zwischen 1940 und 1945 wurden fast alle jüdischen Bürger, denen eine Ausreise nicht gelungen war, deportiert. Wir können heute davon ausgehen, dass die Ereignisse in fast allen Orten, an denen Juden wohnten, schriftlich dokumentiert sind. Ausführungen zu einzelnen Orten finden Sie unter

- www.alemannia-judaica.de
- und in
- *Joachim Hahn, Jürgen Krüger: Synagogen in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007;*
- *Utz Jeggle: Judendörfer in Württemberg, Stuttgart² 1999;*
- *Orte des Gedenkens. Hg. v. Konrad Pflug, Ulrike Raab-Nicolai, Reinhold Weber, Stuttgart 2007.*

In den nachfolgend aufgeführten Orten kümmern sich Bürgerinnen und Bürger in besonderer Weise um die Erinnerung. In Gedenkstätten und als Bürgerinitiativen stehen sie interessierten Besuchern, Schulen, Jugend- und Erwachsenengruppen mit weiteren Unterlagen, Führungen und pädagogischen Projekten fachkundig zur Verfügung. Es empfiehlt sich, vor einem Besuch die Öffnungszeiten in Erfahrung zu bringen.

Stadtverwaltung Bad Buchau
Friedhof und ehemalige Synagoge
Schussenrieder / Hofgartenstraße
88422 Bad Buchau
T.: 07582/808-0
www.alemannia-judaica.de/synagoge_buchau.htm

Haus Unterm Regenbogen
(Ehem. Jüdisches Landschulheim)
Erwin-Rommel-Steige 50
und Martin-Buber-Haus / Rommel-Villa
Erwin-Rommel-Steige
5089134 Blaustein-Herrlingen
T.: 07304/5881
www.haus-unterm-regenbogen.de

Museum zur Geschichte der Juden im Ostalbkreis
Ehemalige Synagoge Oberdorf
Langestraße 13
73441 Bopfingen-Oberdorf
T.: 07362/801-0
www.bopfingen.de

Gedenkstätten KZ Bisingen
Kirchgasse 15
72406 Bisingen
T.: 07476/896-131
www.bisingen.de

Jüdisches Museum Creglingen
Badgasse 3
97993 Creglingen
T.: 07933/701-0
www.juedisches-museum-creglingen.de

Pädagogisch-kulturelles Centrum
Ehemalige Synagoge Freudental
Strombergstraße 19
74392 Freudental
T.: 07143/24151
www.pkc-freudental.de

Jüdisches Museum Göppingen
Boller Straße 82
73035 Göppingen-Jebenhausen
T.: 07161/650-191
www.goeppingen.de

Ehemalige Synagoge Haigerloch
Gustav-Spier-Platz 1
Im „Haag“
72401 Haigerloch
T.: 07474/2737
www.synagoge-haigerloch.de

Alte Synagoge in Hechingen
Goldschmiedstraße 20
72379 Hechingen
T.: 07471/6628
www.hechingen.de

Museum zur Geschichte von Christen und Juden
Schloss Großlaupheim
Claus-Graf-Stauffenberg-Straße 15
88471 Laupheim
T.: 07392/968000
www.museum-laupheim.de

Juden in Buttenhausen
Ausstellung in der Bernheimer'schen Realschule
Zwiefalter Straße 30
72525 Münsingen-Buttenhausen
T.: 07381/182115
www.muensingen.de/museum

Ehemalige Synagoge Affaltrach
Untere Gasse 6
74182 Obersulm-Affaltrach
T.: 07130/6478
www.alemannia-judaica.de/affaltrach.htm

Gedenkstätte Synagoge Baisingen
Kaiserstraße 59a
72108 Rottenburg-Baisingen
T.: 07472/165-351
www.rottenburg.de

Ehemalige Synagoge (Betsaal) Rottweil
Kameralamtsgasse 6
78628 Rottweil
T.: 0741/494-280
www.alemannia-judaica.de/rottweil_synagoge.htm
www.rottweil.de

Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“
Otto-Umfrid-Straße/Innerer Nordbahnhof
70191 Stuttgart
T.: 0711/605337
www.zeichen-der-erinnerung.org/home.htm

Projektbüro Lernort-Gedenkstätte
Hohe Straße 9
70174 Stuttgart
Tel.: 0711/9978598
Fax: 0711/90713955
www.lernort-gedenkstaette.de

Schülerprojekt „Denkmal *erfahren*“
(Ehemaliger Synagogenplatz Bad Cannstatt)
König-Karl-Straße 49 (Hintergelände)
70372 Stuttgart
T.: 0711/5307636
www.amgs.de

Die *Stolperstein*-Initiativen des Stuttgarter Raums
sind verzeichnet unter:
<http://www.stolpersteine-stuttgart.de>

Geschichtswerkstatt Tübingen
Lammstraße 10
72072 Tübingen
T.: 07071/763555
www.geschichtswerkstatt-tuebingen.de

Ehemalige Synagoge Michelbach
Judengasse 4
74599 Wallhausen-Michelbach a.d.L.
T.: 07955/93810
www.gemeinde-wallhausen.de

Ehemalige Synagoge Wenkheim
Breite Straße
97956 Werbach-Wenkheim
T.: 09341/12190
www.alemannia-judaica.de/wenkheim-synagoge.htm

5.2 Literatur

(Auswahl, s. auch Kapitel 1)

Die hier vorgelegte Auswahl ist nicht vollständig. Hinweise auf Literatur zu allen weiteren Orten finden sich in:

· Joachim Hahn, Jürgen Krüger: *Synagogen in Baden-Württemberg*. Stuttgart 2007.

und unter

· <http://www.alemannia-judaica.de>
(Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung der Geschichte der Juden im süddeutschen und angrenzenden Raum).

5.2.1 Allgemeine Literatur

Inge Auerbacher: *Ich bin ein Stern*. Weinheim und Basel 1992.

Jurek Becker: *Jakob der Lügner*. Frankfurt 1976.

Gideon Greif: *Wir weinten tränenlos. Augenzeugenberichte des jüdischen „Sonderkommandos“ in Auschwitz*. Frankfurt ³2000.

Joachim Hahn, Jürgen Krüger:
Synagogen in Baden-Württemberg. Stuttgart 2007.

Olga Levy Drucker: *Kindertransport. Allein auf der Flucht*. Göttingen 1995.

Trude Levi: *Eine Katze namens Adolf*. Wittenhausen 1997.

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hg.):
Stolpersteine. Gunter Demnig und sein Projekt, Köln 2007.

Paul Sauer: Dokumente über die Verfolgung der Jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945. Teile I und II. Im Auftrag der Archivdirektion Stuttgart bearb. von Paul Sauer. Stuttgart 1966. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 16 und Bd. 17).

Paul Sauer: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945. Stuttgart 1969. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden Württemberg, Bd. 20).

Gedenkbuch: Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933-1945. Ein Gedenkbuch. Hg. von der Archivdirektion Stuttgart [Bearb. von Paul Sauer]. Stuttgart 1969. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Beiband zu Bd. 20).

Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4, Stuttgart 2003, S. 231-320.

5.2.2 Lokale Publikationen

Affaltrach

Synagoge Affaltrach. Museum zur Geschichte der Juden in Kreis und Stadt Heilbronn, Heilbronn 1989.

Bad Mergentheim

Hermann Fechenbach: Die letzten Mergentheimer Juden und Die Geschichte der Familien Fechenbach. Nachdruck der Stadt Bad Mergentheim. Bad Mergentheim 1997.

Biberach/Riß

Frank Brunecker (Hg.): Nationalsozialismus in Biberach. Biberach 2006.

(Münsingen-)Buttenhausen

Juden in Buttenhausen. Ständige Ausstellung in der Bernheimer'schen Realschule Buttenhausen. Münsingen, 2. überarb. Auflage 2004 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Münsingen, Bd. 3).

Juden und ihre Heimat Buttenhausen. Ein Gedenkbuch zum 200. Jahrestag des Buttenhauser Judenschutzbriefts vom 7. Juli 1787, hg. von der Stadt Münsingen, 2. Aufl. 1988.

Crailsheim

Kathrin Fastnacht: Crailsheim während des Nationalsozialismus. Crailsheim und Gerabronn 1997. In: Veröffentlichungen zur Ortsgeschichte und Heimatkunde in Württembergisch Franken 14 (vergriffen)

Folker Förtsch: Nur die Gräber sind übrig geblieben und die Wunde im Herzen. Die Geschichte und das Ende der jüdischen Gemeinde in Crailsheim. (In: Heimatbuch Crailsheim. Hg. von Johann Schumm). Crailsheim, erweiter. Neuauflage 2001.

Hans-Joachim König: Die Crailsheimer Juden und ihr Schicksal in 6 Jahrhunderten. (In: Mitteilungsblätter des Crailsheimer Historischen Vereins 4 (1987) S. 5-74). Restexemplare beim Crailsheimer Historischen Verein und beim Stadtarchiv erhältlich.

Markus Lang: Spuren jüdischen Lebens in Crailsheim. Entwurf für zeitgeschichtliche Exkursionen mit Schülern der Hauptschule Schwäbisch Gmünd, o.J.

Karl W. Schubsky / Heinz Illich u.a.: Jüdisches Leben in Crailsheim. Der jüdische Friedhof. Hg. von der Stadt Crailsheim. Crailsheim und Gerabronn 1996 (Veröffentlichungen zur Ortsgeschichte und Heimatkunde in Württembergisch Franken. Bd. 12).

Ellwangen

Peutinger-Gymnasium Ellwangen (Hg.): Wer war Erich Levi? Die jüdischen Schüler des Gymnasiums in Ellwangen 1823-1935. Begleitdokumentation zur Ausstellung im Peutinger-Gymnasium, 24.1.2002 - 8.2.2002. Ellwangen 2002 (Arbeit des Seminarfachs 2000/2001)

Esslingen

Von Weimar bis Bonn. Begleitband zur Ausstellung 1919-1949. Esslingen a.N. 1991.

Joachim Hahn: Jüdisches Leben in Esslingen. Esslingen a.N. 1994 (beide Bände sind über das Stadtarchiv zu beziehen: Stadtarchiv Esslingen, Marktplatz 20, 73728 Esslingen)

Freudental

Theobald Nebel: Die Geschichte der Freudentäler Juden. Ludwigsburg ²1989.

Göppingen

Inge Auerbacher: Ich bin ein Stern. Weinheim und Basel 1992.

Aron Tänzer: Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen. Mit erweiternden Beiträgen über Schicksal und Ende der Göppinger Judengemeinde 1927-1945. Neu hg. von Karl-Heinz Rueß. Weissenhorn 1988.

Karl-Heinz Rueß: Die Deportation der Göppinger Juden. Göppingen 2001.

Haigerloch

Gesprächskreis Ehemalige Synagoge Haigerloch, Verein Alte Synagoge Hechingen (Hg.): „Evakuiert nach dem Osten“. Deportationen der Juden aus Württemberg und Hohenzollern vor 60 Jahren. Haigerloch, 2001. (Schriftenreihe des Vereins Alte Synagoge Hechingen, 2)

Utz Jeggle (Hg.): Erinnerungen an die Haigerlocher Juden. Ein Mosaik. Tübingen, 2000. (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Institut für Volkskunde, 92)

Heilbronn

Hans Franke: Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn. Vom Mittelalter bis zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungen (1050-1945), Heilbronn 1963. (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn, Bd. 11)

Hohebach

K. Häfele, G. Leiberich, E. Zeller (Hg.): „Ich liebte dieses Dorf und seine Leute“ - Jüdisches Leben in Hohebach. Hohebach 1998 (vergriffen, Neuauflage geplant).

Horb-Mühlingen

Gräber im Wald. Lebensspuren auf dem jüdischen Friedhof in Mühlingen. Dokumentation des Friedhofs der über 300 Jahre in Mühlingen ansässigen jüdischen Gemeinde und des Rabbinats Mühlingen. Hg. vom Stadtarchiv Horb und vom Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen. Horb 2003.

Horb-Rexingen

In Stein gehauen. Lebensspuren auf dem jüdischen Friedhof in Rexingen. Dokumentation des Friedhofs und des Schicksals der 300 Jahre in Rexingen ansässigen jüdischen Gemeinde, hg. vom Stadtarchiv Horb, Stuttgart 1997.

Igersheim

Elmar Weiß: Die Juden von Igersheim. Hg. von der Gemeindeverwaltung Igersheim (zu beziehen über: Gemeindeverwaltung Igersheim, Möhlerplatz 9, 97999 Igersheim).

Künzelsau

Martin Frey, Stefan Kraut: ...und lebten unter uns. Juden in Künzelsau. Künzelsau 1993.

Laupheim

Cornelia Hecht und Antje Köhlerschmidt: Die Deportation der Juden aus Laupheim. Eine kommentierte Dokumentensammlung. Laupheim 2004.

Myrah Adams und Benigna Schönhagen: „Jüdisches Laupheim“. Ein Gang durch die Stadt. Haigerloch 1998.

Benigna Schönhagen „Kilian von Steiner“. Deutsche Schillergesellschaft Marbach am Neckar 1998. (Spuren, 42)

Ludwigsburg

Bundesarchiv - Außenstelle Ludwigsburg, Staatsarchiv Ludwigsburg, Stadtarchiv Ludwigsburg (Hg.): Ruth „Sara“ Lax. 5 Jahre alt, deportiert nach Riga. Deportation und Vernichtung badischer und württembergischer Juden. Katalog zur Wanderausstellung. Ludwigsburg 2001.

VVN Kreisvereinigung Ludwigsburg (Hg.): Streiflichter aus Verfolgung und Widerstand 1933-45. Ludwigsburg 2001.

Werner Heinrichs (Hg.): Geschichte der jüdischen Gemeinde Ludwigsburg. o. O., 1989.

Neudenau (Landkreis Heilbronn)

Wolfram Angerbauer und Hans Georg Frank: Jüdische Gemeinden in Kreis und Stadt Heilbronn, Heilbronn 1988.

Niederstetten

Heimatbuch Niederstetten. Niederstetten 1991.

Nürtingen

Werner, Manuel: Juden in Nürtingen in der Zeit des Nationalsozialismus. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Nürtingen - Band 1, 1998.

Obersulm (Kreis Heilbronn)

Obersulm - 6 Dörfer - 1 Gemeinde. Heimatbuch 1997 (zu beziehen über die Gemeinde Obersulm).

Heinrich Möller: Heimatbuch Eschenau, 1984 (vergriffen).

Öhringen

Stadt Öhringen (Hg.): Jüdische Bürger in Öhringen. Eine Dokumentation. Öhringen 1993.

Pfalzgrafenweiler

Andreas Hirrlinger: Leben für die Gemeinde. Die Geschichte der jüdischen Arztfamilie Levi in Pfalzgrafenweiler. Nürtingen-Frickhausen, 2003.

Ravensburg

Peter Eitel (Hg.): Ravensburg im Dritten Reich. Beiträge zur Geschichte der Stadt. Ravensburg 1997.

Rems-Murr-Kreis, Fellbach und Waiblingen

Juden in Fellbach und Waiblingen 1933 - 1945. Hrsg.: Städte Fellbach und Waiblingen, Fellbach 1998.

Rottenburg am Neckar

Paula Kienzle: Spuren sichern für alle Generationen. Die Juden in Rottenburg im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2008.

Rottenburg am Neckar (-Baisingen)

Franziska Becker: Gewalt und Gedächtnis. Erinnerungen an die nationalsozialistische Verfolgung einer jüdischen Landgemeinde. Göttingen 1994.

Karlheinz Geppert: Jüdisches Baisingen. Haigerloch 2000.

Nationalsozialismus im Landkreis Tübingen. Eine Heimatkunde. Tübingen 1988 (erhältlich in der Gedenkstätte Synagoge Baisingen)

Rottweil

Winfried Hecht: Rottweil 1802-1870. Rottweil 1997, S. 199 ff.

Winfried Hecht: Jüdisches Rottweil. Einladung zu einem Rundgang. Haigerloch 1998.

Schöntal

1200 Jahre Berlichingen. Hg. von der Gemeindeverwaltung Berlichingen, Berlichingen 2000.

Schwäbisch Gmünd

Ernst Lämmle: Die Gmünder Juden. Wege und Schicksale 1861-1945, Schwäbisch Gmünd ²1999.

Ortrud Seidel: Mut zur Erinnerung. Geschichte der Gmünder Juden - eine persönliche Spurensuche, Schwäbisch Gmünd ²1999.

Schwäbisch Hall

Geschichtswerkstatt, Förderverein Stadt- und Kreisarchiv Schwäbisch-Hall (Hg.): Jüdischer Alltag in Schwäbisch-Hall, Schwäbisch-Hall 2004.
Broschüre 1: Mittelalter und frühe Neuzeit 1241-1800.
Broschüre 2: Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts.
Broschüre 3: Von der Revolution 1848 bis 1933.
Broschüre 4: Von 1933 bis zur Gegenwart.
Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten, Museen und Archive im Landkreis Schwäbisch-Hall (Hg.): Spurensuche, Jüdische Geschichte und Nationalsozialismus im Kreis Schwäbisch-Hall. Schwäbisch Hall, Crailsheim 2001.

Gerhard Taddey: Kein kleines Jerusalem. Geschichte der Juden im Landkreis Schwäbisch Hall, Sigmaringen 1992 (Forschungen aus Württ. Franken, Bd. 36).

Siegelsbach

Rudolf Petzold: Heimatbuch der Gemeinde Siegelsbach. Siegelsbach 1986.

Stuttgart

Rachel Dror, Alfred Hagemann, Joachim Hahn (Hg.): Jüdisches Leben in Bad Cannstatt. Essen 2006.

Kleegraf, Jupp: Der Stuttgarter „Judenladen“. Dokumentation eines fast vergessenen Stücks der Stuttgarter Stadtgeschichte, ²2007 (für 1 Euro Schutzgebühr zu beziehen über: Geschichtswerkstatt Stuttgart Nord e.V., Relenbergstr. 57, 70174 Stuttgart).

Hannelore Marx: Stuttgart, Riga, New York: Mein jüdischer Lebensweg, Rexingen 2004.

Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1988 (vergriffen).

Paul Sauer, Sonja Hosseinzadeh: Jüdisches Leben im Wandel der Zeit. 170 Jahre Israelitische Religionsgemeinschaft - 50 Jahre neue Synagoge in Stuttgart. Gerlingen 2002.

Stadtjugendring Stuttgart (Hg.): Stadterkundungen. „Auf den Spuren des Dritten Reichs in Stuttgart“. Stuttgart 2006.

Harald Stingeles und Die AnStifter (Hg.): Stuttgarter *Stolpersteine*. Spuren vergessener Nachbarn, ein Kunstprojekt füllt Gedächtnislücken, Filderstadt 2006.

Stuttgarter Osten Lokalzeitung (Hg.): Der jüdische Frisör. Auf Spurensuche: Juden in Stuttgart-Ost. Stuttgart 1992.

Manuel Werner: Cannstatt - Neuffen - New York. Das Schicksal einer jüdischen Familie in Württemberg, mit den Lebenserinnerungen von Walter Marx. Nürtingen/Frickenhäuser 2005.

Maria Zelzer: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Stuttgart 1964.

Tübingen

Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1991 (Beiträge zur Tübinger Geschichte, hg. von der Universitätsstadt Tübingen, Kulturamt, Bd. 4).

Der jüdische Friedhof Wankheim. Dokumentiert von Frowald Gil Hüttenmeister in Zusammenarbeit mit Elke Maier und Jan Maier, Stuttgart 1995 (Beiträge zur Tübinger Geschichte, hg. von der Universitätsstadt Tübingen, Kulturamt, Bd. 7).

Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden. Hg. von der Geschichtswerkstatt Tübingen, Stuttgart 1995 (Beiträge zur Tübinger Geschichte, hg. von der Universitätsstadt Tübingen, Kulturamt, Bd. 8).

Benigna Schönhagen, Wilfried Setzler: Jüdisches Tübingen. Schauplätze und Spuren. Haigerloch 1999.

Benigna Schönhagen (Hg.): Vorbei und Vergessen. Nationalsozialismus in Tübingen, Katalog zur Ausstellung im Stadtmuseum. 1992 (vergriffen).

Lilli Zapf: Die Tübinger Juden. Eine Dokumentation. Tübingen ³1981 (vergriffen).

Ulm

Ingo Bergmann, Silvester Lechner: 27. Januar 2006. Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Ulm und Neu-Ulm. Lodz - Ulm - New Jersey. Die Geschichte der jüdischen Familie Fränkel, die 1938 aus Ulm vertrieben wurde. Ulm 2006.

Heinz Keil: Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger von Ulm/Donau. Ulm 1961 (beziehbar über die Stadt Ulm, Zentrale Dienste / Verwaltungsabteilung, Rathaus, 89070 Ulm).

Zeugnisse über die Geschichte der Juden in Ulm. Erinnerungen und Dokumente, hg. vom Stadtarchiv Ulm. Ulm 1991 (beziehbar über die Stadt Ulm, Zentrale Dienste / Verwaltungsabteilung, Rathaus, 89070 Ulm).

Hildegard Sander (Bearb.): Ulmer Bilder-Chronik. (Bd. 5 b), Ulm 1989.

Resi Weglein: Als Krankenschwester im KZ Theresienstadt. Erinnerungen einer Ulmer Jüdin, Stuttgart 1988. Die NS-Zeit in der Region Ulm / Neu-Ulm, Bd. 2, hg. von Silvester Lechner und Alfred Moos (beziehbar über das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg bzw. den Silberburg-Verlag).

5.3 Weitere Medien

(Auswahl)

5.3.1 Landeszentrale für politische Bildung (LpB), Informationen zu Print/Download:

<http://www.lpb-bw.de>

<http://www.gedenkstaetten-bw.de>

5.3.1.1 In der Reihe „Bausteine“, Download

„Es war ein Bahnhof ohne Rampe“

Ein Konzentrationslager am Fuße der Schwäbischen Alb. Einführung, didaktische Impulse, Texte und Materialien. Hrsg: LpB, Gedenkstätten KZ Bisingen e.V., Stuttgart 2007.

http://www.lpb-bw.de/publikationen/kz_alb_07/kz_alb.htm

http://www.lpb-bw.de/publikationen/kz_alb_07/rampe.pdf (Download)

NS-Euthanasie in Baden und Württemberg

Archivpädagogische Anregungen für die gymnasiale Oberstufe. Didaktische Einführung - Das Bundesarchiv Ludwigsburg als Lernort - Materialien für den Unterricht - Ausgewählte Literatur

Hrsg.: LpB, Stuttgart, November 2004

http://www.lpb-bw.de/publikationen/ns_euthan_04/euthan_bw.htm

http://www.lpb-bw.de/publikationen/ns_euthan_04/euthana_04.pdf (Download)

„Euthanasie“ im NS-Staat: Grafeneck im Jahr 1940

Historische Darstellung, Didaktische Impulse, Materialien für den Unterricht. Texte und Unterrichtsvorschläge, Stuttgart, 2000. Hrsg: LpB, Stuttgart, 2000.

<http://www.lpb-bw.de/publikationen/euthana/euthana.htm>

<http://www.lpb-bw.de/publikationen/euthana/Euthanasie.pdf> (Download)

„... es geschah am helllichten Tag!“

Die Deportation der badischen, pfälzer und saarländischen Juden in das Lager Gurs/Pyrenäen. Einführung, Texte und Materialien. Hrsg: LpB, Stuttgart, August 2005.

<http://www.lpb-bw.de/publikationen/helllichten/tag.htm>

http://www.lpb-bw.de/publikationen/helllichten/helllichten_05.pdf (Download)

Die Erinnerung darf nicht enden

Texte und Unterrichtsvorschläge zum Gedenktag
27. Januar - Befreiung aus dem Konzentrationslager
Auschwitz (27.1.1945). Hrsg: LpB, GCJZ, Stuttgart
1997.

<http://www.lpb-bw.de/publikationen/27jan/27jan.htm>
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/27jan/27januar.pdf> (Download)

„Zwischen Romantisierung und Rassismus“

Sinti und Roma 600 Jahre in Deutschland. Texte und
Unterrichtsvorschläge. Hrsg: LpB, Stuttgart 1998.
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/sinti/sinti.htm>
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/sinti/SINTI.pdf>
(Download)

Die Nacht als die Synagogen brannten

Texte zum 9. November 1938. Als Bausteine
ausgearbeitet. Hrsg: LpB, Stuttgart 1998.
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/pogrom/pogrom.htm>
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/pogrom/Pogrom.pdf> (Download)

Ghettos - Vorstufen der Vernichtung

1939-1944 Menschen in Grenzsituationen. Texte und
Unterrichtsvorschläge. Hrsg: LpB, Stuttgart 2000.
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/ghettos/ghettos.htm>
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/ghettos/ghettos.pdf> (Download)

5.3.1.2 LpB-Zeitschrift „Politik & Unterricht“

Jüdisches Leben in Baden-Württemberg, Möglichkeiten der Begegnung

(Besuch in einer Synagoge, Spurensuche am Heimatort, Jüdisches Leben in Deutschland heute, deutsch-israelischer Schüleraustausch ein Projektbericht),
(Politik und Unterricht, 2/1999)
http://www.politikundunterricht.de/2_99/puu992a.htm
http://www.politikundunterricht.de/2_99/juedisch.pdf
(Download)

(Siehe auch S. 60 „Titel der Landeszentrale zum Themenbereich“)

5.3.2 Filme

(Auswahl)

5.3.2.1 Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

(Filme an den Standorten Stuttgart/Karlsruhe)

- 4253138 *Ausgrenzung und Deportation*
VHS-Videokassette
Produktionsjahr: 1990
15 min sw+f
- 4270722 *Der Besuch*
Ehemalige jüdische Bürger in Stuttgart
VHS-Videokassette
Produktionsjahr: 2001
60 min f
- 4254057 *Deportation Stuttgarter Juden,*
Killesberg 1941
VHS-Videokassette
Produktionsjahr: 1991
8 min sw
- 4652880 *Freundschaft 1941*
Ein Hörspiel in neun Bildern: Die
Darstellung des Holocaust aus Schülersicht
DVD-Video
Produktionsjahr: 2004
40 min sw
- 4255339 *Inge und der gelbe Stern*
VHS-Videokassette
Produktionsjahr: 1989
24 min f
- 4631033 *Kindertransport - In eine fremde Welt*
DVD-Video
Produktionsjahr: 1999
113 min f
- 4254058 *Der Stuttgarter Judenladen,*
Seestraße neununddreißig
VHS-Videokassette
Produktionsjahr: 1991
8 min sw
- 4255004 *Verschollen in Riga*
Bilder einer Erinnerungsreise
VHS-Videokassette
Produktionsjahr: 1992
48 min f

· 4657473 *Zeitzeugeninterview Paul Niedermann*
24.1.07
DVD-Video
Produktionsjahr: 2007
ca. 128 min f

5.3.2.2 Ökumenischer Medienladen

(VC370/KF418) *Inge und der gelbe Stern*
[Dokumentarfilm: Inge Auerbacher] (23 min, 1989)

(VC551) *Alle Juden raus!*

(VC717/KF1060) *Mut ohne Befehl.* (59 min, 1994)

(VC760) *Drei Tage im April.* (103 min, 1994)

(VC3066) *Wege der Tübinger Juden - Eine Spurensuche.*
(67 min, 2004)

(DVK041) *Judenverfolgung - Ausgrenzung und Vertreibung 1933-1939.* (50 min, 2003)

(DVK175) *Aus der Chronik von Auschwitz.*
(134min [5 x ca. 26 Min.], 2005)

(DVK201) *Zeitabschnitte. Biografie eines KZ-Überlebenden* [Werner Bab]. (38 min, 2005)

(DVK343, VC3122) *Otto Weidt - ein stiller Held.*
(21 min, 2005)

(DVK347) *Judenverfolgung und Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg.* (79 min, 2004)

(DVK419) *Kurt Gerstein - Der Christ, das Gas und der Tod.* (27 min, 2007)

(DVK451, VC1910) *Die Wannsee-Konferenz 1942.*
(15 min, 2003)

(DVK 463) *Der gelbe Stern - Die Judenverfolgung 1933-1945 / Die Befreiung von Auschwitz.* (85 min)

(DVK497) *Mendel Gutt - „...nur leben wollte ich“.*
(56 min, 2001)

(KF977) *Sie waren Nachbarn.* (20 min, 1987)

(VC1410) *Konzentrationslager Flossenbürg.*
(32 min, 1995)

(VC1553) *Der gelbe Stern - Die Judenverfolgung 1933-1945* (85 min, 1980)

(VC1581) *Wirtschaftsfaktor „Untermensch“*
(30 min, 2000)

(VC161016) *Holokaust (Serie)*
(6 Teile à 45 min, 2000)

(VC1610) *Holokaust: 1. Menschenjagd*

(VC1611) *Holokaust: 2. Entscheidung*

(VC1612) *Holokaust: 3. Ghetto*

(VC1613) *Holokaust: 4. Mordfabrik*

(VC1614) *Holokaust: 5. Widerstand*

(VC1615) *Holokaust: 6. Befreiung*

(VC1955) *Auschwitz - Begegnung mit Geschichte. Ein Weg in die Zukunft.* (18 min, 2002)

(VC1988) *Zwischen Hoffen und Bangen*
(20 min, 2003)

(VC3051) *KZ-Gedenkstätte Dachau - Überlebende berichten.* (4 x 30 min, 2004)

(VC320) *Grunewald-Rampe - ein deutscher Bahnhof*
(30 min, 1990)

(VC490) *Antworten auf Auschwitz - Aus dem Leben jüdischer KZ-Waisen* (44 min, 1989)

(VC73) *Mein Großvater: KZ-Aufseher Konrad Keller*
(60 min, 1982)

(VC747) *Die Kinder von Auschwitz*
(60 min, 1995)

(VC827) *Die andere Reise - Amsterdam - KZ Vaihingen an der Enz*
(20 min, 1995)

5.3.2.3 CD

Hör-CD: *Die Synagoge in Freudental - Bericht über ein jüdisches Schutzdorf, Charlotte Drews-Bernstein.*

Zu beziehen über:

Pädagogisch-Kulturelles Centrum

Ehemalige Synagoge Freudental

Strombergstraße 19

74392 Freudental

Tel. (07143) 24151

to@pkc-freudental.de

5.4 Verzeichnis der Materialien, Quellen- und Bildnachweis

- M 1** *Jüdische Einwohner in Württemberg, 1925, 1* (ohne Hohenzollern)
Teilkarte und Ausschnitt aus „Jüdische Einwohner in Baden-Württemberg“, bearb. von Joseph Kerkhoff, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, hg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landesvermessungsamt Baden-Württemberg 1972-1988, Karte VIII, 13;
Abdruck mit freundlicher Genehmigung v. 19.11.2007, Az.: 2851.3-A/510
- M 2** *Jüdische Einwohner in Württemberg, 1925, 2* (ohne Hohenzollern, vergrößerter Ausschnitt), s.o.
- M 3** *Jüdische Einwohner in Hohenzollern (nach 1933)*
Karte (Ausschnitt) aus: Taschenatlas des Deutschen Reiches und der Kolonien. Verlag Carl Ziegenhirt, Leipzig [1910], S. 19
- M 4** *Erschießungen in Riga-Bikernieki, 1941*
Foto: Museum „Juden in Lettland“, Riga
- M 5** *Gedenkstätte Riga-Bikernieki*
Foto: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
- M 6** *Gedenkstätte Riga-Bikernieki*
Foto: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Gedenkstein im Wald von Rumbula
Foto: Dietrich Hub, Fellbach
- M 7** *Beschluss Parteigericht*
IMT Dok. 3063-PS, Bd. XXXII, S. 21-29
- M 8** *Erlass vom 18.11.1941*
Wiedergabe bei P. Sauer, Dokumente, Bd. II Nr. 462, S. 272-275. (Hervorhebung und Kursivschrift: H. Gabeli)
- M 9** *Benachrichtigungsschreiben Deportation*
Schreiben und Anlagen Stadtarchiv Haigerloch Akte Nr. 898
- M 10** *Killesberg, „Ehrenhalle“*
Foto: Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin in der Universitätsbibliothek, Inv. Nr. F 2524
- M 11** *Zitat einer Deportierten*
<http://www.zeichen-der-erinnerung.org/n2.htm>
- M 12** *Killesberg, „Ehrenhalle“, Deportierte*
Foto: Stadtarchiv Stuttgart
- M 13** *Inscription Gedenkstein*
- M 14** *Gedenkstein Killesberg*
Foto: Leitermann
- M 15** *Luftbild Stuttgart Nord, 10.4.1945*
Luftbild Nr. 4524005 10.4.45), vom Regierungspräsidium Stuttgart, Ref. 61 KMBD, aus Privatbesitz erworben, Abdruck mit Genehmigung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Baden-Württemberg vom 18.12.2007
- M 16** *Luftbild Stuttgart Nord, 10.4.1945*
(vergrößerter Ausschnitt), s.o.
- M 17** *Mahnmal Nordbahnhof, 1*
Foto: Semmler
- M 18** *Mahnmal Nordbahnhof, 2*
Foto: Semmler
- M 19** *Stadtplan Stuttgart-Nord (Ausschnitt)*
Grafik: Stadtmessungsamt Stuttgart, 2007
- M 20** *Weg Killesberg-Nordbahnhof*
- M 21** *Impulsfragen Nordbahnhof*
- M 22** *Synagoge Stuttgart-Bad Cannstatt*
Foto: Stadtarchiv Stuttgart
- M 23** *Bauarbeiten Schülerprojekt*
Foto: Hagemann
- M 24** *Mahnmal Cannstatt, 1*
Foto: Hagemann
- M 25** *Mahnmal Cannstatt, 2*
Foto: Hagemann
- M 26** *Beurteilungskriterien*

M 27 *Demnig in Stuttgart-Bad Cannstatt*
Foto: Hagemann

M 28 *Stolperstein Dr. Reichenberger*
Foto: Hagemann

M 29 *Mahnmal Nordbahnhof, 3*
Foto: Semmler

5.5 Autoren

Fabian Brenker, Thomas Leitermann und Steffen Semmler sind Schüler der 13. Jahrgangsstufe des Albertus-Magnus-Gymnasiums in Stuttgart-Bad Cannstatt. Sie engagieren sich seit 2004 für das Cannstatter Mahnmal-Projekt.

Helmut Gabeli war nach dem Studium der Rechtswissenschaften, des Kirchenrechts und der Geschichte an der Universität Tübingen als Rechtsanwalt tätig. Er ist Mitbegründer und zweiter Vorsitzender des Gesprächskreises Ehemalige Synagoge Haigerloch e.V.; Veröffentlichungen und zahlreiche Vorträge zur Geschichte der Juden in Württemberg, in Hohenzollern und in Haigerloch.

Alfred Hagemann ist Gymnasiallehrer, unterrichtet die Fächer Deutsch und Katholische Religionslehre. Innerhalb des christlich-jüdischen Dialogs wirkt er in Projekten mit, u.a. als Autor und Herausgeber. Weitere Publikationen liegen zur Literaturdidaktik, dem fächerverbindenden Unterricht und zur deutsch-niederländischen Kulturgeschichte vor.

Matthias Lutzeyer lebt und arbeitet in Stuttgart. Er ist Mitglied im Deutschen Künstlerbund. Als Gymnasiallehrer war er Mitinitiator des Projekts „Denkmal erfahren“. (www.lutzeyer.de)

Antje Rohloff (M.A. Empirische Kulturwissenschaft/Erziehungswissenschaft) beschäftigte sich in ihrer Masterarbeit mit der Thematik „Sichtbares und Unsichtbares. Virtuell rekonstruierte Synagoge als ein Medium des kulturellen Gedächtnisses“. Sie übersetzt vom Hebräischen ins Deutsche.

Titel der Landeszentrale zum Themenbereich

Gedenkstätten in Baden-Württemberg

Hrsg.: Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten
und Gedenkstätteninitiative/LpB, Broschüre, 72 Seiten.
Vorstellung der Einrichtungen. 4. Aufl. 2005

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs

Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg

Hrsg.: Konrad Pflug, Ulrike Raab-Nicolai, Reinhold Weber,
Band 35, 422 Seiten, Stuttgart 2006.
6,50 EUR zzgl. Versandkosten

Politische Köpfe aus Südwestdeutschland

Hrsg.: Reinhold Weber und Ines Mayer, Band 33,
Porträts u. a. von Matthias Erzberger, Ludwig Marum,
Eugen Bolz, Georg Elser, Hans und Sophie Scholl,
Claus von Stauffenberg. 316 Seiten, Stuttgart 2005.
6.50 EUR zzgl. Versandkosten

Reihe MATERIALIEN und Reihe BAUSTEINE

„Vom Neckar ans Mittelmeer“

Jüdische Flüchtlinge aus dem schwäbischen Dorf Rexingen
gründen 1938 eine neue Gemeinde in Galiläa.
Ein Lese- und Arbeitsheft, Reihe MATERIALIEN, 44 Seiten, 2008

„Es war ein Bahnhof ohne Rampe“

Ein Konzentrationslager (Bisingen) am Fuße der Schwäbischen Alb.
Ein Lese- und Arbeitsheft, Reihe MATERIALIEN, 52 Seiten, 2007

„... es geschah am helllichten Tag!“ 22. Oktober 1940

Die Deportation der badischen, pfälzer und saarländischen Juden
in das Lager Gurs/Pyrenäen, Historische Darstellung, Material für
den Unterricht, Reihe MATERIALIEN, 82 Seiten,
4. Aufl. 2005 V */**

NS-Euthanasie in Baden und Württemberg

Archivpädagogische Anregungen für die gymnasiale Oberstufe,
Reihe MATERIALIEN, 40 Seiten, 2004 V

Durch Faszination zur Macht - die Faszination der Macht

Macht und Manipulation, Reihe BAUSTEINE, 2003 V

„Euthanasie“ im NS-Staat: Grafeneck im Jahr 1940

Reihe BAUSTEINE, 2000 V */**

Ghettos - Vorstufen der Vernichtung 1939-1944

Menschen in Grenzsituationen. Reihe BAUSTEINE, 2000 V */**

„Zwischen Romantisierung und Rassismus“

Sinti und Roma 600 Jahre in Deutschland, Reihe BAUSTEINE,
1998 V *

Die Nacht als die Synagogen brannten

Zum 9. November 1938. Reihe BAUSTEINE, 1998 V *

Die Erinnerung darf nicht enden

Zum Gedenktag 27. Januar, Reihe BAUSTEINE, 1997, V *

Bestellungen

über den Webshop der LpB
www.lpb-bw.de/Shop

oder bei:

Landeszentrale für politische Bildung,
Marketing,
Staffenbergstraße 38,
70184 Stuttgart,
Fax 0711/164099-77,
marketing@lpb.bwl.de.

Titel ohne Preisangabe sind kostenlos. Bei Sendungen
von über einem Kilogramm Gewicht mit kostenlosen
Materialien gehen die Versandkosten zu Lasten des
Bestellers/der Bestellerin.

Zeitschrift „Politik & Unterricht“

Politischer Widerstand gegen die NS-Diktatur

(Kurt Schumacher - Eugen Bolz - Georg Elser, Die „Weiße Rose“
am Beispiel von Hans und Sophie Scholl, Claus Graf Schenk
von Stauffenberg), Heft 2/1994 V

Jüdisches Leben in Baden-Württemberg

Möglichkeiten zur Begegnung (Besuch einer Synagoge,
Spurensuche am Heimatort, Jüdisches Leben in Deutschland heute,
Deutsch-israelischer Schüleraustausch/Projektbericht),
Heft 2/1999 V *

Bezug über:

Neckar-Verlag, Postfach 1820,
78008 Villingen-Schwenningen,
Fax 07721.898750,
www.neckar-verlag.de,
3.- EUR/Heft

Weitere:

Landeskundliche Faltblätter – Menschen aus dem Land

Nr. 5/2002: Matthias Erzberger

Nr. 7/2005: Eugen Bolz

Nr. 10/2007: Ludwig Marum

Erinnerungskulturen - Zukunft der Erinnerung

Dokumentation eines Symposiums (10.4.2002) in Freiburg.
Hrsg.: VDK-LV BW/LpB, 108 Seiten, Konstanz 2002

V = vergriffen, zum download unter www.lpb.bwue.de/publikat.htm

* Diesen Titel finden Sie auch auf der LpB-CD „Zeitschriften und
Dokumentationen 1999/2000“.

** Diesen Titel finden Sie auch auf der LpB-CD „Zeitschriften und
Dokumentationen 2002“.

Beide CD sind kostenlos und können über die Bestellanschrift
(s.o.) angefordert werden.

www.lpb-bw.de

